

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Bezugspreis: Monatsabonnement M. 1,75 einschließlich
Trägerlohn. Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche
Redaktion, Druck u. Verlag Kurt Lohde, Bad Homburg v. d. H.

Saunus-Post - Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene 43 mm breite Nonpareille-
zeile kostet 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, im Restamettell
92 mm breit 50 Pfennig. — Die Einzelnummer 10 Pfennig.

Telefon: 707. — Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstraße 26. — Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nr. 245.

Mittwoch, den 19. Oktober 1927.

2. Jahrgang

Der Streik im Braunkohlenrevier.

Unveränderte Lage.

D. Halle, 18. Oktober.

Ueber die Aussichten für eine baldige Beilegung des Streiks im mitteldeutschen Braunkohlenrevier läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Nach wie vor beharren beide Parteien auf ihren Standpunkten, und zeigen wenig Neigung zum Nachgeben, sobald lediglich ein Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums eine Aenderung der Lage herbeiführen könnte. Im übrigen kann gesagt werden, daß der Streik



abgesehen von bei allen Streikbewegungen üblichen kleineren Zwischenfällen, ruhig verläuft. Nach den von den einzelnen Werken vorliegenden Nachrichten hat sich das Streikbild nicht wesentlich geändert. In Merseburg liegen zur Zeit Verhandlungen mit den Regierungspräsidenten über die Frage der Einsetzung der Technischen Nothilfe vor.

Gewerkschaftsverbände und Notstandsarbeiten.

Die drei großen Angestelltenverbände, nämlich der Afa-Bund, der Gesamtverband deutscher Angestelltenorganisationen und der Gewerkschaftsbund der Angestellten, hatten Vertreter der Bergbauangestellten aus Mitteldeutschland nach Berlin berufen, wo zur Frage der Notstandsarbeiten grundlegende Beschlüsse gefaßt wurden. Nach einer längeren Aussprache, in der von allen Seiten betont wurde, daß Notstandsarbeiten lediglich von den Arbeitern ausgeführt werden dürfen, wurden Richtlinien für die Angestellten herausgegeben, in denen es heißt:

Notstandsarbeiten dürfen lediglich von Arbeitern im Einverständnis mit der zentralen Streikleitung oder den örtlichen Streikleitungen ausgeführt werden. Die Notstandsarbeiten beschränken sich auf die Sicherung der Gruben vor Erfassen, Bränden usw. Notstandsarbeiten werden ferner verrichtet für lebenswichtige Betriebe; insbesondere ist an allen Orten die Versorgung der Krankenhäuser mit Licht, Kraft und Rohstoffen sicherzustellen. Jede Produktion zu anderen Zwecken ist dagegen zu unterbinden. Anträge auf Durchführung der Notstandsarbeiten sind lediglich an die örtlichen Streikleitungen zu richten.

Gegen die technische Nothilfe.

In einer Sitzung der Zentralstreikleitung in Halle wurde beschlossen, daß sie sich gezwungen sehe, bei einem Einsatz der Technischen Nothilfe in den bestreikten Braunkohlenbergwerken jegliche Notstandsarbeiten sofort einstellen zu lassen. Demgegenüber wird von Seiten der Merseburger Regierung erklärt, daß Beschlüsse über den Einsatz von technischer Nothilfe bisher noch nicht gefaßt worden seien.

Der Reichsarbeitsminister greift ein?

Nach einer halbamtlichen Meldung beabsichtigt der Reichsarbeitsminister, von Amts wegen in den Lohnstreik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier einzugreifen.

Berliner Blätter wissen dazu mitzuteilen, daß das Reichsarbeitsministerium sich bereits mit beiden Parteien in Verbindung gesetzt hat. Vorläufig handle es sich jedoch lediglich um Sondierungen.

Die Lösung des Konflikts dürfte deshalb besonders schwierig sein, weil die Verhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sehr verschieden sind. Es gibt Werke mit Tiefbau und solche mit Tagebau. Infolgedessen sind auch die Gestehungskosten ganz verschieden. Während einzelne Werke mit guten wirtschaftlichen Ergebnissen arbeiten, gibt es eine ganze Zahl anderer, die schon jetzt Unterbilanz haben. Einer Erhöhung der Kohlenpreise hat sich das Reichswirtschaftsministerium bekanntlich strikt widersetzt. Die Braunkohle ist in der Form von Brennstoff allgemeinster Haushaltungsgegenstand. Ihre Verteuerung würde also die Allgemeinheit sehr stark treffen. Auf der anderen Seite spielt die Rohbraunkohle eine erhebliche Rolle für die Stromerzeugung. Ihre Verteuerung würde also ebenfalls die weiteste Allgemeinheit belasten. Die Tendenz im Reichswirtschaftsministerium geht gerade dahin, die Verteuerung solcher Güter zu vermeiden, die sich auf die Preise anderer Güter steigend auswirken müssen.

Sonderverhandlungen?

Der „Vorwärts“ meldet aus Halle: Eine Reihe von großen Werken ist an die Zentralstreikleitung herangetreten mit dem Ersuchen, in Sonderverhandlungen den Streik beizulegen. Sie haben sich gleichzeitig bereit erklärt, die Lohnforderungen der Streikenden zu bewilligen.

Interpellationen im Reichstag.

Die Zentrumsfraktion brachte im Reichstage folgende Interpellation ein:

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier brach ein großer Streik aus, weil in der Lohnfrage keine Einigung zu erzielen war. Der Streik muß bei längerer Dauer außerordentlich ungünstig auf die deutsche Wirtschaft und die Lage vieler Volksteile wirken. Ist die Reichsregierung bereit, auf eine Beendigung des Kampfes hinzuwirken und eine befriedigende Regelung der Lohnfrage herbeizuführen?

Eine sozialdemokratische Interpellation fragt die Reichsregierung, was sie zu tun gedenke, um die schweren Gefahren abzuwenden, die durch diesen Niesenkampf des mitteldeutschen Braunkohlenreviers dem gesamten Wirtschaftsleben drohen, und mit welchen Mitteln sie den Bergarbeitern eine ausreichende Erhöhung ihrer Löhne sichern will. Die Sozialdemokraten wollen auf der Beantwortung dieser Interpellation durch die Regierung und auf deren Bezeichnung im Reichstage unbedingt noch in dem jetzigen Tagungsabschnitt bestehen.

Verschärfung der Streiklage.

Aus Halle a. d. S. wird uns gemeldet: Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hat dadurch eine Verschärfung erfahren, daß nach Mitteilung der Zentralstreikleitung zum größten Teil diejenigen Leute, die anfangs noch angefahren sind, ihre Arbeit nicht mehr aufgenommen haben. Mit ganz wenigen Ausnahmen werden nur noch die von den Gewerkschaften zugelassenen Notstandsarbeiten verrichtet. Irrendwelse Terrorakte und Unruhen sind nach Mitteilung der Streikleitung nicht vorgekommen.

Reichstagspräsident Loebe

eine kurze Ansprache, in der er u. a. sagte, der Reichstag eine neue Aufgabe heute die Standbilder der beiden ersten Präsidenten der Deutschen Republik. Friedrich Ebert, der Mann aus dem Volke, habe aus diesem Hause seinen Ausgang zu den höchsten Aufgaben übernommen. Als Abgeordneter, als Vorsitzender des Hauptausschusses, als Parteiführer, wirksam habe er sich schon dadurch die Wertschätzung seiner Kollegen, die Achtung auch der politischen Gegner erworben. Der Zusammenbruch des alten Staates habe ihn zu Aufgaben und Pflichten geführt, die er in seinem Leben sicher nicht ahnen konnte. Als sie aber an ihn herantraten, habe er sie mit staatsmännischer Begabung gemeistert.

Heute würden ihm, der dem Volke die Einheit des Deutschen Staates retten half, der die neue Verfassung mitauf, rings im Lande Denkmäler der Dankbarkeit errichtet.

Neben dem ersten wollte der Reichstag den zweiten Reichstagspräsidenten von Hindenburg in der gleichen Weise ehren. Ihn, der nun innerem Pflichte-

trahl getrieben, die Erbschaft Eberts angetreten habe, als die Mehrheit der abstimmenden Bürger ihn dazu bestimmte. Vom Tage seines Amtsantrittes an, habe auch der zweite Reichspräsident sich als

der Repräsentant des ganzen deutschen Volkes

gefühlt, nicht als der Vorstand einer einzelnen Partei. Er habe seine Stimme immer für einen persönlichen Ausgleich der Interessen, oder für eine sachlich vornehme Austragung der einmal unvermeidlichen politischen Kämpfe erhoben. Welche Achtung er sich dadurch erworben habe, habe sein Geburtstag gezeigt.

Von den Standbildern solle überströmen

das Vorbild selbstloser Hingabe an das deutsche Volk.

Als Friedrich Ebert nach fast sechsjähriger Amtsführung in der Heidelberger Erde bestattet wurde, sei er so vermögenslos gewesen, wie an dem Tage, als er zum ersten Mal den Schritt in den Reichstag lenkte. Auch dem lebenden Reichspräsidenten bleibe nur ein persönlicher Erfolg seines Amtes: die Ehre. Wenn der Geist der Pflichterfüllung und der Opferwilligkeit, der beide Präsidenten befehlte und beseele als Beispiel für alle die gelte, die zu ihren Pflichten arbeiten, dann würden sie noch lange als hohe Mahner auf Generationen ihrer Nachkommen blicken können.

Der Reichstagspräsident dankte dann den Schöpfern der Standbilder und übernahm diese in die Obhut des Reichstages.

Litauen gegen Polen.

Eine zweite Beschwerde beim Völkerbund.

Genf, 19. Oktober.

Die litauische Regierung hat im Anschluß an ihre gegen die polnische Regierung gerichtete Minderheitsbeschwerde dem Völkerbund eine zweite Beschwerde schriftlich gegen Polen zugehen lassen, worin sie auf Grund des Artikels 11 des Vattes Beschwerde darlegt, daß Polen fälschliche Abklagen gegen die staatliche Existenz Litauens habe. Die litauische Regierung bittet die Völkerbundsversammlung, diese Frage auf die Tagesordnung der Dezembersession zu legen.

Eine polnische Niederlage.

Das internationale Schiedsgericht gegen den Magistrat von Rattow.

Rattow, 19. Oktober.

Der Chef des Rattowitzer Rindertransporthauses, Dr. Brud, der seit Jahrzehnten in Rattowitz erfolgreich tätig ist, ist vom Rattowitzer Magistrat zum 1. Oktober entlassen worden, da er deutscher Reichsbürger ist. Dr. Brud hat gegen diese Entlassung beim internationalen Schiedsgericht Einspruch erhoben, das jetzt unter Vorsitz des Präsidenten Rasten-Rasdenberd entschieden hat, daß die Kündigung des zwischen dem Antragsteller Dr. Brud und der Stadt Rattowitz bestehenden Dienstverhältnisses Rechte verleiht, die dem Antragsteller aus dem im Genfer Abkommen garantierten Wohnrecht aufstehen. Das Gericht hat damit anerkannt, daß die Kündigung zu Unrecht erfolgt ist.

Ist Deutschland entwaffnet?

Eine Aeußerung des Generals Hege in Amerika.

General Hege, der Chef der deutschen Heeresleitung, der augenblicklich auf einer Amerikareise weilte, äußerte sich in New York Vertretern der amerikanischen Presse gegenüber auf die Frage: „Ist Deutschland entwaffnet?“ in interessanter Weise. U. a. sagte er:

Man weiß, in welchem Maße der Vertrag von Versailles eine Entwaffnung Deutschlands festgesetzt hat und daß die interalliierte Kommission in den letzten sieben Jahren die Durchführung dieser Vertragsbestimmungen überwacht hat. Die Tatsache, daß diese Kontrollkommission nach dem in Genf im letzten Dezember getroffenen Uebereinkommen aufgelöst worden ist, ist ein hinreichender Beweis dafür, daß Deutschlands Entwaffnung vollständig durchgeführt ist.

Auf die Frage: „Wie ist Ihr jetziges Heer?“ antwortete General Hege: „Die Reichswehr ist eine kleine, aber gut geschulte Armee für rein defensive Zwecke. Sie ist weder groß genug noch entsprechend ausgerüstet, sie besitzt weder Tanks noch schwere Artillerie noch Marineflugzeuge, um der Heeresmacht irgendeiner der europäischen Großmächte entgegenzutreten zu können.“

Auf die Frage: „Ist es wahr, daß Deutschland im geheimen rüstet, und gibt es eine schwarze Reichswehr?“ ant-

Ehrung für Ebert und Hindenburg.

Aufstellung ihrer Büsten im Reichstag.

Berlin, 18. Oktober.

Im Reichstag wurden am Dienstag mit einer feierlichen Feier die Marmorbüsten der ersten beiden Reichspräsidenten Friedrich Ebert und Hindenburg aufgestellt, die in der Wandelhalle aufgestellt worden sind. Die Büste Eberts ist von Professor Bieder-München, die Büste Hindenburgs von Professor Scharff-Berlin geschaffen worden.

In der feierlich geschmückten Wandelhalle hatten sich neben den Vertretern der Parteien auch die Minister Dr. Stresemann, Dr. Köhler, Dr. Koch, Herrg. v. Reubell und der Reichskanzler versammelt. Der Reichskanzler führte die Witwe des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert an den Ehrenplatz. Anwesend war auch Dr. Meißner, der beiden Reichspräsidenten seine Dienste als Staatssekretär gewidmet hat.

Von einem mit der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge propierten Rednerpult aus hielt

Wortete General Hege: „Die Behauptung, daß Deutschland im geheimen rüste, ist ebenso unsinnig wie unbegründet. Die deutsche Regierung hat weder die Absicht noch ist sie praktisch in der Lage, ein geheimes Aushebungs- und Bewaffnungssystem durchzuführen.“

Der Empfang des deutschen Generals.

Uebrigens wurde General Hege in Amerika sehr liebenswürdig empfangen. Er wurde in New York vom Militärattaché der amerikanischen Botschaft in Berlin, Conger, namens des Kriegsamtes vom Stabschef Colonel Enoch und dem Gesandtschaftsrat Dr. Leitner begrüßt, die ihm bis zur Quarantänestation entgegenführten. General Hege äußerte Vertretern gegenüber die Ansicht, daß kein Deutscher, der einen verantwortlichen Posten bekleide, die Gelegenheit veräumen dürfe, den bewundernswerten Fortschritt Amerikas im letzten Jahrzehnt kennenzulernen. Deshalb habe er mit Freuden die ihm durch eine Einladung der Sapag gebotene Gelegenheit wahrgenommen, eine Reise nach New York zu unternehmen und beschloßen, Amerika zu bereisen, um innerhalb der verfügbaren kurzen Zeit soviel wie möglich vom Lande zu sehen.

Neues vom Tage.

— Das Reichskabinett wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Vorstoß Bayerns beschäftigen und den Reichswirtschaftsminister sowie den Reichsarbeitsminister über den Kohlenstreik hören.

— In der Universität Berlin wurde durch den preussischen Minister des Innern, Grafen v. Helldorf, die von der Verwaltungsschule in Berlin in Verbindung mit der Freien Vereinigung für Politik und Kriminalwissenschaft veranstaltete 6. Preussische Polizeiwissenschaftstagung eröffnet.

— In Basel fand eine Konferenz der sozialistischen Parteien des Oberelsaß, Oberbadens und der beiden Basel statt, die den organisatorischen Zusammenschluß dieser Parteien zu einer Oberelssischen Sozialistenvereinigung mit dem Sitz in Basel beschloß. Im Sommer 1928 soll in Basel eine große internationale Sozialistenkonferenz abgehalten werden.

— Der luxemburgische Staatsminister Bach hat in Brüssel einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag mit der belgischen Regierung unterzeichnet. Der Minister hat sich von Brüssel nach Paris begeben, um auch mit Frankreich einen Schiedsgerichtsvertrag zu unterzeichnen.

— In Norwegen fanden Parlamentswahlen statt. Nach dem vorläufigen Ergebnis wird die Arbeiterpartei etwa zehn Mandate gewinnen. Die Bauernpartei gewann bisher drei Mandate, die Konservativen verloren bisher wahrscheinlich sieben. Unter den Kandidaten dürfte sich der Landesverwaltungsminister befinden. Die radikale Gruppe hat ebenfalls verloren. Die Kommunisten werden nur ein oder zwei Mandate bekommen.

— In Moskau begann der Prozeß gegen die Gebrüder Prowe, die Söhne eines früher sehr bekannten Millionärs, ferner gegen Kozepatow, den juristischen Berater des revolutionären Krieges, und gegen zwei Militärbeamte, die der Spionage zugunsten Englands angeklagt und gefänglich sind.

— Von der serbisch-bulgarischen Grenze wird ein neuer Zwischenfall gemeldet. Die serbische Blätter behaupten, handelt es sich um einen von bulgarischen Kommandos versuchten Anschlag auf ein Munitionslager bei Straßburg.

— Mexikanische Zeitungen melden, daß 30 Aufständische, darunter auch der Führer der ganzen revolutionären Bewegung, General Gomez, im Verlauf eines Gefechtes mit Regierungstruppen in der Nähe von Toluca im Staate Mexiko getötet worden seien.

— Aus Japan wird gemeldet, daß der Zuwachs der Bevölkerung Japans sich für das erste Halbjahr 1927 auf mehr als eine halbe Million stelle.

— Infolge der Niederlage der Arbeiterpartei bei den letzten Wahlen ist die Arbeiterregierung von Neuland zurückgetreten. Eine neue nationalistische Regierung ist gebildet worden mit Babin als Ministerpräsidenten.

Wirtschaftliche und politische Kämpfe.

Der Reichstag, der nach seiner Sommerpause soeben wieder zusammengetreten ist, findet eine schwierige wirtschaftliche und politische Lage vor.

Im gesamten Braunkohlengraben herrscht ein großer Streik, der von den bedenklichsten Folgen für die deutsche Volkswirtschaft sein muß, wenn es nicht bald gelingt, eine Einigung herbeizuführen. Der Ausstand ist entstanden aus Lohnforderungen der Arbeiter. Ein Schiedsgericht kam diesen Forderungen entgegen, aber die Arbeitgeber wollten ihn nur anerkennen, wenn ihnen dafür eine Preiserhöhung für die Braunkohlprodukte zugestanden würde. Der dafür zuständige Reichskohlenrat lehnte diese Preiserhöhung ab, weil er verhindern wollte, daß eine Erhöhung der Kohlenpreise automatisch Preissteigerungen aller übrigen Lebensbedürfnisse auslöst. Da die Arbeitgeber aus ihrem Standpunkt: Lohnerhöhung nur in Verbindung mit Preiserhöhung, bestehen blieben, diese Preiserhöhung aber nicht durchzusetzen war, wollte der Arbeitsminister den für die Arbeiter günstigen Schiedspruch nicht für verbindlich erklären. So kam es zum Streik. Sein Umfang ist noch nicht genau zu übersehen, da die Meldungen über die Beteiligung daran sehr weit auseinandergehen, je nachdem sie von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite stammen. Sicher ist aber, daß die Bewegung schon sehr weite Kreise gezogen hat — man kann wohl mit 50 000 bis 60 000 Streikenden rechnen —, und daß man der weiteren Entwicklung nur mit der größten Besorgnis entgegensehen kann. Es wäre deshalb zu wünschen, daß der Reichsarbeitsminister sich schleunigst der Frage annimmt und eine Vermittlungsbotschaft einleitet. Es müßte auch genau geprüft werden, ob eine Lohnerhöhung wirklich nur möglich ist, wenn eine Preissteigerung konzediert wird. Vielleicht findet sich auch noch ein anderer Weg — jedenfalls müßte alles getan werden, um den jetzigen Krisenstand so bald wie möglich zu beseitigen. Der Reichstag — veranlaßt durch die inzwischen eingegangenen Interpellationen — wird ja wohl in diesem Sinne auf den Reichsarbeitsminister einwirken.

Ungeklärt und recht schwierig ist auch die politische Situation. Bezüglich des Reichsschulgesetzes klafft zwischen den Auffassungen — auch unter Parteien, die der Regierung angehören — noch wie vor ein breiter Riß, und man kann noch nicht absehen, wie er überbrückt werden soll. Die Zentrumsfraktion erklärt, daß sie mit allen Kräften versuchen werde, auf eine möglichst baldige Verabschiedung des Gesetzes hinzuwirken. Eine andere Regierungspartei, die Deutsche Volkspartei, läßt durch maßgebende Funktionäre ihrer bairischen und hessischen Landesverbände erklären,

daß sie an der unbedingten Aufrechterhaltung der Einmütigkeit in diesen beiden Ländern festhalten werde — es ist kaum möglich, diese Auffassungen miteinander zu vereinigen, denn die Zentrumsfraktion steht selbstverständlich auf dem Boden der Volksschule und will von diesem Boden aus eine möglichst beschleunigte Behandlung der Vorlage. Durch eine Interpellation der Demokraten — die im übrigen die Vorlage ablehnen — ist nun auch noch die Kostenfrage in die Debatte geworfen worden: wie hoch wird der voraussichtliche Kostenaufwand sein? Wer trägt ihn? Reich, oder Länder, oder Gemeinden? Und wie werden diese Kosten wieder aufgebracht? Das sind recht knifflige Fragen, die hier von einer Oppositionspartei gestellt werden, und die nicht gerade geeignet sind, die Auseinandersetzungen zu vereinfachen. Wenn nicht von irgend einer Seite ein großes Maß von Entgegenkommen gezeigt wird, ist eine Einigung über den Schulgesetzentwurf nicht möglich.

Noch auf einem anderen Gebiet gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten: es ist die Deckungsfrage bei der Forderung der Forderung für die Beamten der Länder. Die Bayerische Volkspartei hat bereits die Möglichkeit eines Austritts aus der Reichsregierung erörtert für den Fall, daß die Reichsregierung auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den von Bayern vorgebrachten und von den übrigen Ländern dann ebenfalls aufgenommenen Antrag auf Aenderung des Finanzausgleichs bestehen bleibt. So ist auch die politische Atmosphäre recht geladen, es schmedt nach Krisenluft!

Im Reichstag fand eine Besprechung von Vertretern der Regierungsparteien statt, an der auch Reichsjustizminister Perger teilnahm. Die Verhandlungen galten der geschäftlichen Behandlung der dem Reichstag bereits vorliegenden Novellen zum Reichsmietengesetz und Mieterschutzes, die eine weitere Forderung der Wohnungszwangswirtschaft beinhalten. Es wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, daß dieses Gesetzgebungswerk nunmehr mit möglichstster Beschleunigung erledigt werden soll.

Ueber die geschäftliche Behandlung des Reichsschulgesetzes einigte man sich dahin, daß alle Parteien einzeln zu Wort kommen sollen, daß also von den Regierungsparteien keine gemeinsame Erklärung abgegeben wird.

Politische Tageschau.

— Der ungarische Hochverratsprozeß. Im Prozeß Szanto und Genossen gab der Hauptangeklagte Szanto in seinem Verhör an, das oberste Organ der kommunistischen Bewegung sei ein Weltkongreß, der jedoch nur selten tagte. In der Zwischenzeit arbeite das provisorische Exekutivkomitee, dem sich die in den einzelnen Ländern tätigen Sektionen der kommunistischen Internationale unterworfen hätten. Das Programm sei, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen, wenn nötig auch mit Waffengewalt. Nach diesen programmatischen Erklärungen verweigerte der Angeklagte die Antwort auf weitere Fragen des Gerichtshofes, worauf die Verhandlung auf morgen vertagt wurde.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. Oktober.

Im Reichstag wurden heute die Marmorbüsten der beiden Reichspräsidenten Ebert und v. Hindenburg in feierlicher Weise enthüllt und vom Reichstagspräsidenten Loh in die Obhut des Reichstags übergeben. Die Büsten sind auf hohen Säulen im Ruppelraum der Wandelhalle aufgestellt. Für die Feierlichkeit war der Ruppelraum mit Vorbeerbäumen, Palmen und Tannengrün stimmungsvoll geschmückt. Von einem mit der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne überdeckten Rednerpult aus hielt der Reichstagspräsident eine lange Ansprache, in der er darauf hinwies, daß unter der neuen Staatsform die Spitze des Reiches nicht im Erbhang einem Fürsten zufalle, sondern das Volk selbst den würdigen Träger des Reichs- und Staatsgedankens erwählt. Beide Reichspräsidenten seien Vorbilder der Opferwilligkeit, mit der sie ihr hohes Amt übernommen hätten und führten.

Die erste Plenarsitzung.

Präsident Loh eröffnete die erste Sitzung nach der Sommerpause mit Begrüßungsworten an die Abgeordneten.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Reichsschulgesetzes.

An dem stark besetzten Tisch der Bevollmächtigten der Länder sitzt auch der preussische Kultusminister Dr. Beder.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Müller-Franken (Soz.), die Schulvorlage von der Tagesordnung abzuschieben und vor der Schulvorlage die sozialdemokratischen Interpellationen zur Teuerung und zum mitteldeutschen Braunkohlenarbeiterstreik zu beraten.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) verlangt die Beratung eines Antrages, der sich gegen die im August vollzogene polizeiliche Festnahme von Berliner Teilnehmern des Nationalsozialistischen Parteitagess wendet.

Abg. Stöcker (Komm.) fordert die Absehung der Schulvorlage von der Tagesordnung und dafür die Beratung kommunistischer Anträge zur Teuerungssfrage.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, er stehe in ständiger Fühlung mit beiden Parteien im

Vergarbeiterstreik.

Er habe auch die durch Tatsachen begründete Hoffnung, daß die bevorstehende Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einer Vereinbarung führen werde. Der Minister erklärt, daß noch vor Ablauf dieser Woche der Vergarbeiterstreik im Reichstag zur Besprechung kommen solle.

Abg. Graf Westarp (Dntl.) tritt für die sofortige Beratung der Schulvorlage ein. Die Ablehnung durch den Reichstag sei kein verfassungswidriges Hindernis für die Beratung.

Abg. Dr. Haas (Dem.) verlangt von der Regierung Aufklärung darüber, ob die Regierung vollständig hinter der Schulvorlage stehe. Im Lande werde behauptet, daß die beiden volksparteilichen Minister mit dem Schulgesetzentwurf nicht einverstanden seien. (Hört, hört! links.)

Abg. v. Guérard (Ztr.) erklärt, im Gegensatz zum Abg. Müller-Franken halte das Zentrum die Schulvorlage nicht für verfassungswidrig. Darum halte man zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten daran fest, recht bald mit der Beratung zu beginnen. Die Beratung der Interpellation zum Vergarbeiterstreik verlange auch das Zentrum noch in dieser Woche.

Abg. Dr. Haas (Dem.) fragt nochmals, ob sämtliche Mitglieder der Reichsregierung die Schulvorlage stützen wollen. Wegen die Linke und die Rechten werden die Anträge auf der Tagesordnung abgelehnt. Es bleibt dabei, daß die

Schulvorlage zur ersten Beratung

kommt. Damit wird verbunden die Beratung einer demokratischen Interpellation über die Frage der Kohlenbedeckung.

Reichsinnenminister v. Reubell:

Der Entwurf entspricht der Sehnsucht weiter Kreise der christlichen Elternschaft nach einem christlichen Schulgesetz, und er trägt auch dem Verlangen nach einer geordneten Entwicklung der weltlichen Schule Rechnung. Die Reichsverfassung, so fährt der Minister fort, schreibt keinen einheitlichen Typ für die Volksschule vor. Unerlässlich ist es aber, Mindestgrundsätze reichsgesetzlich aufzustellen, um die einheitliche Volksschule in den verschiedenen Landesteilen zu sichern und zu fördern. Allen bisherigen Entwürfen für ein Schulgesetz ist der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit unter Anführung bestimmter Punkte gemacht worden. Gerade in diesen Punkten unterscheidet sich aber die jetzige Vorlage von den früheren. Bei dem Widerstreit der juristischen Meinungen kann jedenfalls die jetzige Regierungsvorlage nicht als verfassungsändernd angesehen werden. Ueber die Kostenfrage kann sich die Regierung erst äußern, wenn die endgültige Gestalt des Schulgesetzes feststeht. Die Frage des Abg. Dr. Haas kann ich dahin beantworten, daß der Entwurf einmütig vom Reichskabinett eingebracht und die Stellungnahme der beiden volksparteilichen Minister schon damals in der Presse veröffentlicht worden ist. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Abg. Schred (Soz.) bezeichnet die Schulvorlage als einen Wechselbalg, der nirgends ungeteilte Zustimmung finde, nicht einmal in der Gesellschafter der Regierungskoalition. Die Schule dürfe nicht ihres Charakters als einer Anstalt des Staates enteignet werden.

Abg. Mumm (Dntl.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage in den Bildungsausschuß und erklärt: Wir begrüßen den Entwurf, dessen Grundlage die freie Entwicklungsmöglichkeit der drei verfassungsmäßigen Schulformen ist. Wo sie eingewurzelt sind, müssen evangelische Schulen für evangelische Kinder auf der Grundlage des verfassungsmäßigen Elternrechts erreichbar sein. (Die Sitzung dauert fort.)

Lokales.

Gedenktage für den 20. Oktober.

1808 * der Geograph Karl Andree in Braunschweig († 1875). 1827 Sieg der englisch-französisch-russischen Flotte über die ägyptisch-türkische bei Navarino. — 1892 Der Afrikaforscher Emin Pascha (Eduard Schnitzer) wird bei Ribonge in Afrika ermordet (* 1840). — 1908 Einweihung des Kolonialinstituts in Hamburg. — 1914 Sieg der Deutschen über die Engländer bei Ypern. — Befreiung von Czernowitz durch die österr.-ungar. Truppen.

Der Fernsprechtelegraph auf dem flachen Lande.

Aus Anlaß einer Eingabe an das Reichspostministerium wegen Verbesserung des Fernsprechts auf dem flachen Lande hat der Reichspostminister folgende, auch die Öffentlichkeit interessierende Antwort erteilt:

„Die Fernsprechtsstunden auf dem flachen Lande werden dem Verkehrsbedürfnis soweit wie irgend möglich angepaßt. Sie müssen aus wirtschaftlichen und betriebstechnischen Gründen mit den Dienststunden für den Postverkehr, die wiederum von dem Eintreffen und Abgehen der Posten abhängig sind, tunlichst zusammengelegt werden. Besonders bei den Postagenturen, bei denen die Wahrnehmung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechtsdienstes in der Regel in einer Hand liegt, ist eine verkehrsmäßige Festlegung der Dienststunden nicht angängig. Die Deutsche Reichspost ist dauernd bestrebt, die Fernsprechtszeiten besonders auf dem flachen Lande, soweit es im Rahmen der verfügbaren Mittel irgend möglich ist, zu verbessern und so zu legen, daß auch während der Mittagszeit der Fernsprecher benutzt werden kann.“

Die volle Befriedigung aller Wünsche wird sich indessen nur durch die Einrichtung des Selbstanschlusses betriebsmäßig, der eine ununterbrochene Sprechmöglichkeit bietet, erreichen lassen. Die allgemeine Durchführung dieser Betriebsweise wird nach Möglichkeit gefördert. Sie wird aber bei dem außerordentlichen Umfang der Arbeiten und der Höhe der Kosten noch eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen.“

Weiterbericht vom 19. Oktober.

Das Tiefdruckgebiet ist nach dem Baltikum abgezogen, doch wird uns seine Rückseite keine erhebliche Abkühlung bringen, da bei Island bereits ein neues Tief nachfolgt, dessen warme Vorderseite das westliche England überdeckt. Eine zwischen den beiden Tiefdruckgebieten über das Festland hinwegziehende Hochdruckwelle wird bei uns noch voraussichtlich vorübergehend Aufheiterung bewirken, doch ist wieder meist wolloses Wetter, streichweise auch Regen zu erwarten. Die bei uns eingetretene zynonale Witterung wird wahrscheinlich längere Zeit anhalten.

Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag: Nach vorübergehender Aufheiterung wieder meist wollos und streichweise leichter Regen, Temperaturen wenig verändert.

— Billiges Obst. Der überreiche Obstertrag, mit dem in diesem Herbst fast jeder Landstrich überschüttet wird, hat schnell eine erhebliche Senkung der Preise herbeigeführt, allerdings nur beim Erzeuger. Dieser ist froh, wenn er von seinem Riesenertrag so viel als möglich abgeben kann. Er findet aber vorläufig nur beim Verbraucher Entgegenkommen, da sich der Zwischenhandel merklich widerwehrt, so daß der Verbraucher nur geringe Freiheiten zu erlangen. Der Erzeuger bringt neuerdings sein Obst in die Städte und stellt es auf den Märkten zum Verkauf aus und hat durchweg Glück damit. Er erhält auch höhere Preise, als ihm der Händler bezahlt. Leider tritt aber auf diesen Märkten schon wieder ein beklagenswerter Uebelstand ein, indem der Verbraucher lediglich seines Taselobstes fordert und das Wirtschaftsobst unbeachtet läßt. Dann aber hat der Erzeuger trotz aller Warnungen und Belehrungen noch immer nicht gelernt, sein zum Verkauf an den Markt gebrachtes Obst zu sortieren und ansprechend zu verpacken. Bestes Taselobst ist bereits für 10 Rm. den Zentner zu haben, Diels Butterbirne kostet z. B. 10 Rm., die bekannte Goldreine von Weinheim 10—11 Rm., die graue französische Reinecke sogar nur 8—10 Rm., Schafsnase ist schon für 6 Rm. zu haben. — Wo aber bleibt die Organisation, die in der wirklich großzügigen Weise das Obst in Mengen in die Städte unmittelbar zu den Verbrauchern bringt? Erst dann kann sich jede Familie etwas Obst für den Winter in den Keller legen.

— Von der Invalidenversicherung. Um sich die Invalidität aus der Invalidenversicherung zu sichern, genügt es, wenn man monatlich eine Marke, entsprechend dem Einkommen, kauft. Mindestens aber müssen Marken zweiter Klasse verwendet werden.

Stadtvorordnetenentscheidung am 18. Oktober.

Der Vorsitzende eröffnete 8.30 Uhr die Sitzung und verliest vor Eintritt in die Tagesordnung verschiedene Schreiben, welche eingegangen sind. Die Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, die hier ihren Kursus abschließt, dankt für das Entgegenkommen der Stadt und der Kur-A. G. Es liegen zwei Einladungen vor, u. a. zu einem Konzert der Arbeiter-Wohlfahrt im Kurhaus am 30. Oktober 1927. — In einem Schreiben bitten die Anlieger der Querstraße in Airdorf um Abhilfe des schlechten Zustandes der Straße. — Die Fuhrunternehmer der Stadt wollen die Fuhrhöfne erhöht haben. — Der Reichsbund der Kriegerkassen und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Bad Homburg, bittet anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten für die hiesigen Kriegeropfer Bauland zur Verfügung zu stellen. — Ferner lag ein Schreiben der Homburger Neuesten Nachrichten vor, in dem gebeten wird, die städtischen Bekanntmachungen, die bisher unentgeltlich veröffentlicht wurden, von jetzt ab in Rechnung zu stellen. Der Magistrat soll eine Vorlage darüber machen. —

Stadlv. Kiedel beantragt die Einrichtung einer sanitären Unfallsanstation. Dieser Antrag wird abgelehnt.

1. Bewilligung eines Beitrages für die Hinderburgspende.

Der Magistrat stellt 500 Mk. für die Hinderburgspende vor, welche die Versammlung bewilligen soll.

Dr. Wolf will den Betrag auf 1000 Mk. erhöhen und nicht dem schlechten Beispiel anderer Städte folgen.

Stadlv. Kiedel lehnt die Bewilligung überhaupt ab, da schon damals bei der Lundenburgspende der gewöhnliche Soldat nichts bekommen hätte und auch hier bei der Hinderburgspende erst ein gewaltiger Verwaltungsapparat bezahlt werden muß und nach Homburg sehr wenig kommen würde. Er beantragt, daß den hiesigen Kriegeropfern (230) die 500 Mk. direkt gegeben werden sollen und wenn 1000 Mk. bewilligt werden, diesen Betrag.

Stadlv. Behle unterstützt den Antrag Dr. Wolf und erklärt, daß die meisten Städte bei der Bewilligung dieser Spende einen Satz von 20 Pfg. pro Kopf als Grundlage annehmen. Er wendet sich scharf gegen die Neuerungen des Stadlv. Kiedel über die Lundenburgspende.

Stadlv. Dippel erklärt, daß man nicht das rechte Vertrauen über die Verteilung habe. Er will die Summe von 500.— Mk. für die hiesigen Kriegeropfer verwenden wissen.

Stadlv. Wald. Schmidt unterstützt den Antrag Dr. Wolf. Aber die erste zu erfolgende Abstimmung vom Magistratsantrag oder Antrag Kiedel entziehen Meinungsverschiedenheiten, die erst nach längerem hin und her den Antrag des Magistrats, welcher auf der Tagesordnung steht zur Abstimmung bringen. Es entsteht bei der Abstimmung Stimmengleichheit 12:12 und die Stimme des Vorsitzenden entscheidet für Annahme des Magistratsantrages, so daß 500.— Mk. zur Hinderburgspende bewilligt werden.

2. Bildung eines Feirates für die Beschwerdestelle des Wohlfahrtsamtes.

Nach einer neuen Verordnung hat der Antrag den Vereinigten Ausschüssen zur Vorberatung vorgelegen. Als Beirat des Wohlfahrtsamtes für Unterstufungssachen werden gewählt:

Stadlv. Heubel, Stadlv. Höck, Densfeld, Wimmer, ferner hat je ein Mitglied zu wählen der evangelische Frauenverein und der Vaterländische Frauenverein. Der Antrag wird angenommen.

3. Nachbewilligung von Mitteln für Herstellung des Stadtvorordnetenentscheidungsraumes.

Die Renovierung des Saales verursacht 1410.— Mk. Kosten. 10000.— Mk. sind bereits früher im Etat bereitgestellt worden es sind noch 1410.— Mk. nachzubewilligen.

Stadlv. Joh. Heintz. Densfeld will diese Angelegenheit zurückgestellt haben, da doch noch vor Fertigstellung Mehrkosten entstünden.

Baurat Dr. Lipp, erklärt, der Saal ist bis 1. 11. fertiggestellt, kündigt aber eine neue Vorlage für Einrichtung von Meublement an.

Stadlv. Behle und Dr. Wertheimer sind gegen neue Vorlagen, und Nachbewilligungen. Die Voranschläge sollen genau gemacht werden. Der Betrag wird nachbewilligt.

4. Nachbewilligung von Mitteln auf den Etat des Schlachthofes.

Für den Aessel- und Dieselmotor ist ein Mehrbeitrag von 2500.— Mk. erforderlich. Es stehen durch vermehrte Elektrizität 3000.— Mk. Einnahmen gegenüber. Der Antrag wird angenommen.

5. Nachbewilligung von Mitteln für die Umgehungsstraße.

Diese Vorlage hat den Vereinigten Ausschüssen vorgelegen. Es waren 72319.— Mk. für dieses Objekt bewilligt gewesen. 118000.— Mk. aber werden gebraucht. 30561.— Mk. sind nachzubewilligen. Überschreitungen sind durch den Brückenbau entstanden von 10000.— auf 25000.— Mk. Die Fundamente mußten vergrößert und erweitert werden. Ferner sind Bürgersteige bei der Straße angebracht worden und ein Schmuckplatz an der Ferdinandsanlage.

Auf Grund dieser Mehrkosten werden dem Magistrat von Stadlv. Behle schwere Vorwürfe gemacht, daß er ohne Voranschläge und ohne die Stadtvorordnetenversammlung zu fragen, eine dementsprechende Voranschläge gemacht hätte, die Baudeputation habe eigenmächtig die Straße verbreitert (Bürgersteig), so ist es auch mit den gärtnerischen Anlagen in der Ferdinandsanlage gewesen.

Stadlv. Kiedel kritisiert ebenfalls dieses Verhalten und betont, daß der Bürgermeister bei seiner Amtseinführung belohnt habe, den Etat genau einzuhalten.

Der Bürgermeister erklärt, daß er seinem Programm treu geblieben sei.

Baurat Dr. Lipp verteidigt die Projekte und sagt, daß es üblich sei, wenn ein Neubau geschaffen wurde, sich dann immer Änderungen usw. herausstellen, so auch hier. Er bedauert, allerdings der Versammlung nicht vorher eine Vorlage gegeben zu haben, das wäre allerdings ein Fehler. Die Baudeputation hatte diese Sache beschlossen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Magistratsvorlage zu bewilligen.

Stadlv. Behle will protokolliert haben, den Magistrat erneut darauf aufmerksam zu machen, daß alle Dienststellen anzuweisen sind, ohne Mehrbewilligung auszukommen.

Der Antrag auf Nachbewilligung wird angenommen. 6. Genehmigung des Zusatzvertrages zum Darlehensvertrag für Vollstandsarbeiten an der neuen Kläranlage und an dem Schwimmbad.

Der Mehraufwand wird bewilligt.

7. Verlängerung der Gas- und Wasserleitung in der Friedbergerstraße.

Es sollen mit 2810.— Mk. diese Leitungen erstellt werden. Der Betrag ist auf Bankkredit zu nehmen. Diese Angelegenheit drängt, da neue Häuser an der Friedbergerstraße gebaut werden, die kein Wasser und Licht haben. Dr. Wolf will diese Angelegenheit in die Vereinigten Ausschüsse überwiesen haben.

Stadlv. Schollner, Rud. Densfeld bitten diesen Antrag jetzt zu bewilligen. Dieser Antrag wird angenommen.

8. Anschaffung einer mechanischen Leiter für die Freiwillige Feuerwehr im Stadtbezirk Airdorf.

Der Magistrat mißbilligt das Vorgehen der Airdorfer Feuerwehr, da dieselbe eine mechanische Leiter angeschafft habe. Stadlv. Birkenfeld begründet diese Anschaffung. Der Magistrat stellt fest, daß es sich bei der Verwendung der 3500.— Mk. um eine irrtümliche Auffassung seitens der Airdorfer Feuerwehr handelt. Diese Sache wird noch einmal den Vereinigten Ausschüssen vorgelegt.

9. Bewilligung der Mittel für Beschaffung von Ortskarten und Verkehrsschildern.

Auf Verfügung des Ministers soll eine Vereinheitlichung in der Anbringung von Verkehrsschildern und Ortskarten sein und angebracht werden. Der Betrag von 2320.— Mk. wird dazu bewilligt.

10. Gewährung von Winterbeihilfen an die Wohlfahrtsempfänger.

Verschiedene Korporationen wie Gewerkschaftskartei Airdorf, f. j. u. kommunalistische Stadtvorordneten-Fraktion fordern eine Winterbeihilfe für Wohlfahrtsempfänger, Kriegsbeschädigte usw. Der Magistrat will denselben eine Beihilfe von 3 Mk. pro Monat, auf die Dauer von 6 Monaten gewähren. (1161 Empfänger, davon 70 Proz. Bedürftige).

Stadlv. Dippel will diese Bewilligung in Natura erledigt haben. Das Mindeste soll die Summe von 3 Mk. sein, und wenigstens 2 Zentner Kartoffeln.

Stadlv. Kiedel will auch in Natura die Unterstützung geben lassen. Auf Antrag des Stadlv. Wald. Schmidt wird diese Angelegenheit den Vereinigten Ausschüssen überwiesen.

Stadlv. Kiedel rügt einige Härten der Arbeitslosenversicherung, die in der Übergangsperiode liegt und bittet die Stadt bei eventuellen Fällen da einzugreifen.

Stadlv. Kiedel moniert den Zustand der Brünning- und Landgrafenstraße, dafür könnten solche Arbeitslose, die durch die Härten, wie Stadlv. Kiedel soeben bemerkte, beschäftigt werden.

Stadlv. Höck sagt, es sollen Schritte bei dem Landgrafenamt Hessen-Rassau getan werden, daß die Schulverhältnisse der Simultanschulen bestehen bleiben. — Er möchte auch eine große Lampe an der Ecke Cassillo- und Höckstraße-Obergasse aufgestellt haben, da dort sehr starker Verkehr herrscht.

Es erfolgt dann Beratung über den Bau Fortsetzung Neue Mauerstraße um 140 m. Dieser Antrag war erst in die Geheimhaltung verlegt, wurde dann aber öffentlich erledigt. — Dr. Lipp erklärt, daß ca. 600 qm. gekauft werden müssen und eventuell das Enteignungsverfahren eingeleitet werden muß. An dieser Straße soll später das so lang ersehnte Volksbad entstehen.

Stadlv. Dippel begrüßt diese Vorlage, da auch durch spätere Fortsetzung dieser Straße der Anschluß zu einer sehr schönen Siedlung gegeben wird.

Stadlv. Wald. Schmidt beantragt erst noch einmal diese Angelegenheit den Vereinigten Ausschüssen zu überweisen. Dazu gibt die Versammlung ihre Zustimmung. Schluß der öffentlichen Sitzung 11.45 Uhr.

Arbeitslosenversicherung. Formulare, die durch Umstellung der Arbeitslosenunterstützung in die Arbeitslosenversicherung benötigt werden, sind im Arbeitsnachweis kostenlos erhältlich.

Wintersemester 1927/28. In der Haushaltungsschule St. Maria, Dreikaiserhof, beginnt nach Allerheiligen das Wintersemester. Am 3. November 1927 fangen die Lehrkurse für Mädchen von 14—20 Jahren an, die eine gründliche Ausbildung in Küche und Haus geben. Die Schülerinnen können nicht nur für ihren eignen Haushalt alles lernen, was nützlich und wertvoll ist, sie haben auch alle Berechtigungen, die sie durch Besuch einer Frauenschule sich erringen. Der Unterricht umfaßt Kochen, Backen, Einmachen, Garnieren, Servieren, Gesundheitslehre, Kranken- und Säuglingspflege, Nahrungsmittelkunde, Bürgerkunde, Erziehungslehre, Deutsch, Turnen, Gesang, alle Arten Handarbeit, Kindergartenbeschäftigung, Zeichnen usw. — Außer diesem Kurs werden an 4 Nachmittagen auch Handarbeitsstunden für Mädchen von 10—18 Jahren gegeben und am 14. November beginnen Kurse für Hausfrauen (Backen, Kochen, Handarbeiten, Kunstgewerbe, hauswirtschaftliche Vorträge usw.). Näheres ist aus dem Prospekt zu erfahren, der kostenlos zu haben ist.

Artillerie-Verein. Am Samstag, den 22. Okt. findet abends 8 Uhr im Gasthaus zum Löwen eine

wichtige Mitgliederversammlung statt, zwecks Vespredung der diesjährigen Barbara-Feier.

Ehrenmal im Spessart. Der Verein der Hochspessartfreunde, Sitz Frankfurt, hat seinen im Weltkrieg gefallenen Angehörigen auf dem Pollack, einer einsamen Bergeshöhe bei Heigenbrücken, ein Ehren- und Mahnmal errichtet, das am Sonntag unter starker Beteiligung der Bevölkerung seine Weihe erhielt.

Stenographische Herbstprüfung. Das Stenographische Prüfungsamt der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M.-Hanau veranstaltet am Sonntag, den 13. November 1927, vormittags 9 Uhr, in den Räumen der städt. Handelslehranstalt 2, in Frankfurt, Zungelstraße 18, seine diesjährige Herbstprüfung für Geschäftsstenographen und Verhandlungsstenographen (Praktiker). Die Teilnahme ist auch Auswärtigen gestattet, soweit nicht von der für sie zuständigen Industrie- und Handelskammer Prüfungen abgehalten werden. Anmeldungen nimmt bis spätestens 10. November 1927 die Geschäftsstelle der Industrie- und Handelskammer, Frankfurt, Zirm. 35, Neue Börse, von 9—1 Uhr vorm. entgegen.

Kaisers Eingewöhnung im Zoo. Die ungemein große Anteilnahme der Frankfurter an den weiteren Schicksalen Kaisers, des „Wiegwaldelephanten“ zeigte sich vor allem am vergangenen Sonntag. Fast 15000 Besucher waren der Aufforderung, die von dem Reklame-Kamel des Zoo durch die Straßen der Stadt getragen worden war, gefolgt und bewunderten den Ausreißer der mit der großen Elefantin „Venla“ nun zusammen lebt. Die beiden Tiere haben gute Freundschaft geschlossen. Die Schäden, die Kaiser bei seinem Erlebnis, vor allem an den Füßen und am Rüssel, davon getragen hat, machen eine ständige tierärztliche Behandlung nötig, die wohl auch noch für einige Zeit fortgesetzt werden muß.

Frankfurt a. M. (Der Hundevergifter ist wieder an der Arbeit.) Vor einigen Wochen klagten Einwohner der Hochstraße darüber, daß ein Unbekannter Gift auf der Straße auslegte, um damit Hunde zu beseitigen. Das Gift bestand aus in weggeworfenem Fleisch usw. Nachdem der Täter einige Zeit sein ruchloses Treiben eingestellt hatte, ist er aufcheinend jetzt wieder am Werk, denn dieser Tage wurde ein wertvoller Hund eines Bewohners der Kaiserhofstraße vergiftet; das Tier hatte auf die Straße geworfene Speisereste verzehrt.

Offenbach. (Hessischer Städtetag in Offenbach.) Unter Vorsitz des Bürgermeisters Granzin fand im Rathaus eine Sitzung des Hessischen Städtetages statt, wobei insbesondere die Beamtenbeförderungssreform besprochen wurde. Es wurde festgestellt, daß in fast allen hessischen Städten die Auszahlungen auf die künftige Beförderungserhöhung bereits erfolgt seien, auch in Mainz in den nächsten Tagen zu erwarten wären. Nur in Offenbach sei noch keine Regelung der Vorauszahlungen erfolgt, da sich die Stadtvorordnetenversammlung mit der Frage noch nicht beschäftigt habe. Die weiteren Punkte der Tagesordnung bezogen sich hauptsächlich auf Verwaltungsangelegenheiten.

Bad Nauheim. (Hessischer Handwerkerstag.) Am Samstag und Sonntag versammelten sich hier das hessische Handwerk und Gewerbe zum zweiten Verbandstag. Einer internen Besprechung am Nachmittag folgte am Abend eine Begrüßungsfeier. Im großen Saal des Kurhauses fand dann am Sonntag vormittags die öffentliche Versammlung statt. Landesverbandsvorsitzender Wohl-Darmstadt und Bürgermeister Dr. Hl. Bad Nauheim sprachen Begrüßungsworte. Regierungsrat Meyer-Friedberg begrüßte es, daß zu der Tagung die Behördenvertreter geladen sind, wodurch eine engere Fühlungnahme der Behörden mit den Berufsständen ermöglicht wird. Es wurde beschlossen, im Jahre 1929 eine Landesgewerbeausstellung abzuhalten.

Mainz. (Südwestdeutscher Weinhandlerverein.) Der Bund südwestdeutscher Weinhandlervereine tagte hier im Kasino „Hof zum Gutenberg“ unter dem Vorsitz des Herrn S. Seidel-Mainz. Es waren 20 Vereine vertreten. Außerdem hatte der Bund westdeutscher Weinhandlervereine zu Köln Vertreter entsandt. Die Versammlung befaßte sich ausgiebig mit den Fragen der Weingehebführung, der Untersuchung ausländischer Weine, der Normalflaschen, der Mißstände in der Firmenzeichnung, des Rotbrandes, der Verwendung der Ausdrücke „Autototer Südwine“ und „Medizinalwein“, des Kreditbuchsverbandes für die deutsche Getränkeindustrie, des Begriffes des Eigentumsüberganges u. a. m. Die von den Landwirtschaftskammern zu Bonn und Wiesbaden geplante Errichtung einer Weinanerkennungsstelle wurde abgelehnt.

Letzte Nachrichten.

Raubüberfall im „Klausner“ in Berlin.

Berlin, 18. Oktober. Ein ungewöhnlich dreister Raubüberfall wurde heute vormittags im hiesigen altbekannten Restaurant „Zum Klausner“ verübt. In dem im 3. Stock liegenden Raum der Hauptkassette erschien 11¼ Uhr, während im Restaurant reger Verkehr herrschte, ein Unbekannter, der sofort eine Pistole zog und damit die vier Anwesenden in Schach hielt, während er mit der linken Hand die Fernspreckleitung durchschnitt. Angesichts der übermächtigen Angestellten raffte er alsdann aus einer Schublade 3000 Mark zusammen und verschwand.

Schwerer Autounfall.

Essen, 18. Oktober. Heute vormittags 2.25 Uhr überfuhr der Güterzug 34 640 am Bahnhof Essen-Nord auf dem Bahnübergang Söllingstraße, dessen Schranken nicht geschlossen waren, das mit fünf Personen besetzte Auto einer Gelsenkirchener Firma. Das Auto wurde eine Strecke weit mitgeschleift. Von den Insassen wurden drei Personen und eine Dame schwer verletzt, während der Chauffeur unverletzt blieb. Zwei der Schwerverletzten sind nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. Der diensthabende Schrankenwärter erklärte, kein Signal zum Durchlassen des außerplanmäßigen Sonderzuges erhalten zu haben. Zur Zeit des Unglücks war er für einige Augenblicke abgelenkt.

Sterbe + Tafel.

Joseline Ullinger geb. Arnold, Ww., 55 Jahre alt, ohne Beruf, Brendelstr. 49.

Frau Katharina Kirdner Wwe. geb. Selzer, 65 Jahre alt, Homburg, Elisabethenstraße 49.

Gerichtliches.

Das Urteil in dem Prozeß wegen des Autounfalls in Berlin-Schöneberg. Das erweiterte Schöffengericht Berlin-Schöneberg verurteilte den Radfahrer Postelmann als den allein Schuldigen an dem Autounfall in der Hauptstraße in Schöneberg wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis, gewährte ihm jedoch, weil er nur aus Leichtsinns und Unbesonnenheit gehandelt hat, zwei Jahre Bewährungsfrist. Der Autofahrer wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. — Der Verurteilte fuhr am 16. Juni d. J. vor dem Autobus und kam diesem unvorschriftsmäßig in den Weg. Der Fahrer des Autobus lenkte, um Postelmann nicht zu gefährden, schnell zur Seite. Der Autobus schlug um. Sieben Personen wurden schwer und 24 leicht verletzt.

Radiochau.

Sendestelle Frankfurt a. M. (Welle 428,6).

Mittwoch, den 19. Oktober: 15.30 Uhr: Die Stunde der Jugend. Aus dem Buch der Sage und Geschichte: Drei Mitternachten. (Für Kinder vom 10. Jahre ab); 16.30 Uhr: Konzert des Hausorchesters: Chopin; 17.45 Uhr: Die Räuberstunde: Heinrich von Kleists Abschiedsbriefe; 18.30 Uhr: Übertragung von Kassel: Mathilde Weissel; 18.45 Uhr: Übertragung von Kassel: Gemeinschaftswellen- und Gleichwellentelefonie; 19.15 Uhr: Alfons Paquet liest aus seinem Buch „Städte, Landschaften und ewige Bewegung“; 19.45 Uhr: Sendebegrüßung: Ruhe und Tod in der Pflanzenwelt; 20 Uhr: Übertragung aus der Stuttgarter Vederhalle: Violinkonzert von Fritz Morini. Anschließend: Vortragsabend Irene Frieß.

Donnerstag, den 20. Oktober: 13.30 Uhr: Übertragung von Kassel: Mittagskonzert der Kasseler Hauskapelle; 15.30 Uhr: Die Stunde der Jugend: „Der Heppelstein“. (Für Kinder vom 12. Jahre ab); 16.30 Uhr: Konzert des Hausorchesters: Neue Operetten; 17.45 Uhr: Stunde katholischer Weltanschauung; 18.30 Uhr: Vortragsabend anlässlich der Berliner Werkstofftagung; 19 Uhr: Stunde der Frankfurter Zeitung; 19.30 Uhr: Übertragung aus dem Frankfurter Opernhaus: „Mioletto“. Oper von G. Verdi.

Sport-Nachrichten.

Sp.-Vgg. Fürth in Wiesbaden 6:4 geschlagen.

Der Sportverein Wiesbaden spielte am Samstag gegen den Süddeutschen Pokalmeister von 1926, die Spielvereinigung Fürth, und siegte überraschend mit 6:4 (3:1). Trotz der Niederlage fielen die Fürther durch gute Ballbehandlung und ausgezeichnetes Zusammenenspiel auf, allein die meisten Torhülsen wurden von dem Wiesbadener Torhüter gehalten. Das sehr starke Drängen Fürths gegen Schluß der zweiten Halbzeit konnte die Niederlage nicht mehr abwenden.

Sp.-Vgg. Fürth schlägt Fußballsportverein Mainz 05 5:2.

Der Deutsche Altmeister lieferte nach der Wiesbadener Niederlage in Mainz ein bedeutend besseres Spiel als am Vortage. Der Sturm der Mainzer, in dem Lipponer fast ganz aussiel, und die Verteidigung enttäuschten; die Rückerreihe kam ebenfalls nicht über mittelmäßige Leistungen hinaus. Dagegen hatten die Fürther keinen Verfall, obwohl den Verteidigern einige Schnitzer unterliefen, die den Mainzern zu ihren Erfolgen verhalfen.

Unersörte Vorfälle beim Fußballspiel.

Es ist bekannt, daß es gerade in Frankfurt bei Fußballwettkämpfen wiederholt zu unliebsamen Vorkommnissen führte, die alles andere als eine sportliche Fairness bedeuteten. So mußte auch neulich wieder nach Beendigung des Fußballspiels Germania 94 gegen Hanau 93, bei dem circa 500 Besucher anwesend waren, der Schiedsrichter am Ende des Spiels unter polizeilichem Schutz vom Platz gebracht werden, da das Publikum mit seinen Entscheidungen nicht einverstanden war und ihn bedrohte. — Noch „Niedlicheres“ wird aus Würzburg berichtet. Dort erhielt einer der besten Spieler, der in der Ligamannschaft befindliche Georg Klein, der dem Würzburger Verein angehört, einen Tritt in die Bauchgegend und liegt hoffnungslos darnieder. Der Täter, ein gewisser Kammler von Würzburg, ist in den Verdacht gekommen, daß er absichtlich den ihm unheimlichen Rivalen an der Gesundheit schädigte, um ihn kampfunfähig zu machen. Um eine Prüfung des Falles herbeizuführen, ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden. (Vielleicht erklären sich so die häufigen, in letzter Zeit vorgekommenen „Unfälle“ bei Fußballspielen. D. Red.)

Ernstes und Heiteres.

Der geizige Schotte.

Die Schotten bilden wegen ihres Geizes eine ständige Ziel-scheibe des Spottes für die englischen Witzblätter. Ein Schotte war, so erzählt ein amüsantes Geschichtchen, zu einer goldenen Hochzeit eingeladen. Er erkundigte sich zuvor bei den Ein-geladenen, was sie zu schenken beabsichtigten, und erfuhr zu seinem Mißvergnügen, daß jeder ein sinniges Geschenk in Gold in potto habe. Nach kurzem Überlegen kam ihm der rettende Gedanke: Er beschloß, dem Jubelpaar einen — Goldfisch — schenken.

Frankfurt a. M., 18. Oktober.

— Devisenmarkt. Gegenüber dem scharfen Steigen des Kurses der Mark lag das englische Pfund mit 4,8696 Dollar leicht schwächer.

— Effektenmarkt. Die Börse war infolge der Streiklage im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sehr verstimmt. Am Montanmarkt waren Verluste von 1—2 Prozent zu verzeichnen.

— Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Kilo in Rm.: Weizen gt. gesund 26.25, gesund 25.25, geringer 22.00—24.00, Roggen 24.75—25.00, Sommergerste 26.00—28.00, Hafer inländ. 2.50—24.00, ausländ. 24.50—25.00, Mais (gelb) 19.00, Weizen-mehl 38.50—38.75, Roggenmehl 34.25—35.00, Weizenkleie 12.50, Roggenkleie 13.50.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

2. Tag der 1. Klasse vom 17. Oktober.

Nachmittags-Ziehung.

2 Gewinne zu 5000 Mark 288,890.
4 Gewinne zu 3000 Mark 7540, 21765.
4 Gewinne zu 2000 Mark 193491, 259664.
8 Gewinne zu 1000 Mark 99256, 245490, 260922, 326910.
Weiter 10 Gewinne zu 800 Mark, 30 Gewinne zu 500 Mark, 118 Gewinne zu 200 Mark und 212 Gewinne zu 120 Mark.

Haushaltungsschule St. Maria

Bad Homburg

Beginn

der Kurse in Haushaltung und in Handarbeiten für

Schülerinnen am 3. November 1927 6391

der Kurse für Frauen am 14. November 1927

Anmeldung bis 23. Oktober 1927 — Prospekte gratis!

Unentgeltlicher Unterrichtskurs auf Singer-Nähmaschinen



Am 20. Oktober 1927 beginnen wir im Nebenzimmer des Hotels „Braunschweiger Hof“ in Bad Homburg, Luisenstraße 72 einen für unsere Kunden

unentgeltlichen Unterrichtskurs auf der Singer-Nähmaschine

Anmeldungen erbitten wir gest. bald an unsere unten angegebene Geschäftsstelle, woselbst auch jede weitere Auskunft bereitwilligst erteilt wird. (6384)

Singer-Nähmaschinen A. G.

Bad Homburg v. d. A.,

Luisenstraße 91/93.

Nachlaß-Versteigerung.

Freitag, den 21. Oktober 1927, vormittags 10 Uhr anfangend versteigere ich im **Baden, Luisenstraße 74** aus dem Nachlaß des Herrn Baron von Gleiger, hier, nachfolgende Gegenstände:

Ein Schlafzimmer in Ruhbaum.

Einzelmöbel: Zweiflürl. Mahagoni-Kleiderschränke, Kommoden, Nachtschränke, Betten, Waschkommoden mit Marmor und Spiegelaufsätze, Stühle, Spiegel, Bilder, ein Herrenschreibtisch mit Aufsatz, Bauernstühle, Hocker, Sessel, Hausapothekenschränke, großer Goldspiegel, eine Anrichte, Silberschrank, Servierstisch, zwei Notenständer, Aufstell-sachen, Vüster. Porzellan-Service (ca. 45/48 Teile), und Ungenanntes. — Besichtigung eine Stunde vor Beginn der Versteigerung.

August Herget

bevollmächtigter Taxator und öffentlich angestellter Versteigerer, Kisseleffstraße 7 Telefon 772

Bekanntmachung.

Vom 19. Oktober bis 19. November d. J. wird während der Nachtstunden (ab 10 Uhr) das Wasserleitungs-Rohrnetz durch Strangspülungen gereinigt, so daß sich in einzelnen Straßen Druckmangel sowie Trübung des Leitungswassers bemerkbar machen werden. 6388

Städt. Gas- und Wasserwerke.

Mariza

der beliebte, dauerhafte Seidenfloss-Strumpf

(6097) in den modernen Farben.

Fr. Ad. Zeuner, Bad Homburg.

Haben Sie schon diese Zeitung abonniert??

Sie kostet nur 1.50 Mk. pro Monat

ausschl. Trägerlohn

Umzüge

Führen jeder Art werden pünktlich und gewissenhaft ausgeführt. Scherf & Behrens Luisenstraße 26. Telefonisch zu erreichen unter No. 707. (632)

Frisch

von der See!

Capitän ohne Kopf

Pfd. 33 Pfg.

do. gepuht im Auschnitt

Pfd. 45 Pfg.

Seelachs im Auschnitt

Pfd. 45 Pfg.

sowie Nordsee Schellfisch,

Capitän, Heilbutt, etc.

Neue Marinaden und

Räucherwaren.

Neue holl. und norweg.

Seringe etc. 10 Pfg.

Wilh. Feld,

Marktlauke (3366) Tel. 58.

Billige Einkaufsgelegenheit!
Ein großer Posten:
6387 Herren-Anzüge
sowie ein großer Posten:
Herren-Überzieher
Louis Holzmann Kisseleffstr. 8 2. Stock

Empfehle meine preiswerten
Qualitäts-Schuhwaren
sowie meine erstklassige eingerichtete
Reparaturwerkstätte.
Prinzip: Streng reell, billig und gut.
August Behr, Schuhmacher,
Köppern i. Ts. Taunusstraße 5a

Piaff-Nähmaschinen
zum Sticken und Stopfen
liefert auf Wunsch ohne Anzahlung mit 2 Mk. Raten
M. Ebel, Judenstr. 12 6383

Moderne Bildnis Photographie
Willy DANNHOF
Gewaltiger Preisabbau
6 Postkarten 5.— 12 Postkarten 8.— an
im Schloß Herrngasse 1

Die echten (6257)
Frankfurter Würstchen
täglich frisch bei Geor Wächtershäuser
Telefon 295 Am Markt

Rechnungen in allen Formaten
liefert schnell und billig
Homburger „Neueste Nachrichten“

Sämtliche Artikel für
Kranken-
Wochenbett-
Kinder-
Pflege
Carl Ott G. m. b. H. 503
Lieferant aller Krankenkassen



Unser Sonnenschein

Roman von Erich Ebenstein



(16. Fortsetzung.)

Etwas ernüchtert blickt ihm die Stadträtin nach. Was sollen seine letzten Worte bedeuten? Will er nur trogen oder steckt noch etwas anderes dahinter?

Sie erfährt es schon am nächsten Tag von Gerhard Schöber, der ihr, da Fred fortan unsichtbar bleibt und auch nicht zu den Mahlzeiten erscheint, auf ihre ausstehenden Fragen in gemessenem Ton Auskunft erteilt: Fred hat die Bibliotheksstelle bei einem gewissen Herrn Schidloß angenommen und sich gleichzeitig ein zuhause dort im selben Hause freigeschaffenes Zimmer gemietet. Er verzichtet auf jeden weiteren Besuch von daheim, wird Privatstunden geben und will völlig unabhängig leben.

Die Stadträtin ist wie vor den Kopf geschlagen. Das tut er ihr an? Die Schande vor den Leuten, sich ein möbliertes Zimmer zu mieten, gerade jetzt, wo man in wenigen Wochen nach dem neuen Heim hinaus übersiedeln will — Wie wird in der Stadt darüber geredet werden! Daran denkt sie am meisten.

Dann packt sie der Zorn. Und wem verdankt sie das alles? Dieser elenden Person, die ihr den Sohn gestohlen hat!

Ehe sie indes ihrem Aerger wenigstens gegen Gerd Schöber Luft machen kann, ergreift dieser abermals das Wort, um ihr in demselben gemessenen Ton mitzuteilen, daß er ihre Gastfreundschaft schon über Gebühr in Anspruch genommen habe und es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, ihr länger zur Last zu fallen. Er habe daher bereits Vorkehrungen getroffen, um noch heute in ein Hotel zu übersiedeln.

Nach all dem Vorhergegangenen nimmt die Stadträtin diese Mitteilung ziemlich kühl entgegen. Besonders da sie ganz gut herausfühlt, daß darin eine Parteinahme für Fred liegt.

Gut, mochten sie gehen beide. Nachgeben oder bitten würde sie gewiß nicht! Schließlich würde ihr den Leuten gegenüber schon eine glaubwürdige Erklärung einfallen, zum Beispiel eben die Übersiedlung nach Sabinenheim —

Jedenfalls macht ihr die Sache mit Renate viel größere Sorge. Das mußte so rasch als möglich in Ordnung gebracht werden. Gleich heute Abend wollte sie zu ihr und ihr den Standpunkt klar machen.

XXIII.

Als die Stadträtin gegen Abend in der Villa Merkl vorsprach, wurde ihr vom Diener mitgeteilt, daß die junge Gnädige bereits vor einer Stunde ausgefahren sei. Herr Doktor Schewter habe sie abgeholt. Die Herrschaften wollten, wie er zufällig gehört habe, im Auto nach Tobelbad, wo im Kurhotel die Generalprobe eines Einakters stattfände, den Herr Doktor Schewter anlässlich einer Gedächtnisfeier des Kurortes geschrieben habe.

Wieder einmal steht die Stadträtin fassungslos.

Welche Unvorsichtigkeit von Renate! Mit Schewter! Und zu einer Theatervorstellung zu fahren, jetzt, wo man erst vor wenig Wochen ihren Schwiegervater begnadet hat! Wie taktlos! Was würden Otto und seine Mutter dabei empfinden —

Die Stadträtin schämt sich sogar vor dem Diener für ihre Tochter.

„Welchen Sie mich Frau Merkl senior,“ sagt sie dann.

„Die gnädige Frau ist noch immer lebend und hat anstandslos, daß keine Besuche.“

„Ach was, ich bin kein ‚Besuch‘, sondern gehöre doch zur Familie, Anton! Welchen Sie mich nur an und sagen Sie, ich käme in dringenden Angelegenheiten.“

Anton verschwindet und es dauert ziemlich lange, ehe er wieder erscheint und gemessen sagt: „Die gnädige Frau läßt bitten.“

Frau Sephine, die seit dem letzten Besuch Doktor Holders noch unruhiger und nervöser geworden ist, sich aber durchaus nicht entschließen will, etwas an ihrer zurückgezogenen Lebensweise zu ändern, empfängt die Schwiegermutter ihres Stiefsohnes ziemlich kühl.

Sie hat in alten Briefen gelesen, ist ärgerlich über die Störung und findet es im stillen unglaublich zudringlich von Frau Rott, durch Verurteilung auf die Verwandtschaft ihren Besuch zu erzwingen —

Freilich — Takt hat die gute Frau Rott nie besessen, obwohl sie selbst felsenfest überzeugt ist, nie den leisesten Versuch zu begehen.

Frau Sephine ist heute entschieden um ein paar Grad weniger lebenswürdig als sonst. Sie sitzt mit steifem Gesicht im Sofa und gibt mit lähltem Ton Auskunft über ihr Befinden, nach dem sich die Stadträtin umständlich erkundigt.

Im Grunde haben sich diese beiden Frauen, deren Lebensansätze, Erziehung und Schicksal so verschieden sind, nie gemocht.

Die Stadträtin hat sich immer geärgert über den „verkappten Hochmut“ und das „vornehme Getue“ der Oberbaurätin, während diese sich innerlich abgestoßen fühlt durch das Gewöhnliche, Nüchterne und Berechnende, das Frau Rotts Denkungsweise das Gepräge gibt.

Das allein und durchaus nicht Hochmut gegen die ehemalige „Glasermeisterin“, wie die Stadträtin glaubt, haben Sephine Merkl bisher verhindert, in ein herzlicheres Verhältnis zu Renates Mutter zu treten oder ihr das verwerflichste Du anzutragen. Und daran denkt sie jetzt erst recht nichts zu ändern.

Die Stadträtin dagegen will alle Hebel in Bewegung setzen, um sich gerade jetzt gut mit Frau Sephine zu stellen und sie sowohl in bezug auf Alfred als auch Renate als Verbündete zu gewinnen.

Sie zwingt sich daher zu besonderer Liebenswürdigkeit, und als dieses Bemühen nicht versängt, geht sie geradewegs auf den Kern der Sache los.

„Liebe Freundin, ich möchte heute auch etwas sehr Wichtiges mit Ihnen sprechen, wenn Sie sich nicht zu lebend fühlen, dann auch.“

„Nun, ich habe allerdings Kopfschmerzen, aber Sie haben mir ja sagen lassen, daß Sie mich in einer dringenden Angelegenheit sprechen müssen. Worum handelt es sich also?“ lautet die nicht sehr entgegenkommende Antwort.

„Um die dringendste, die es für uns beide geben kann: Um das Glück unserer Kinder. Wir Mütter müssen uns da zusammen tun, um die Fäden wieder in Ordnung zu bringen, die sich leider in letzter Zeit recht arg verwirrt haben.“

Frau Sephine lehnt sich mit gelangweilter Miene tiefer in die Kissen zurück.

„Ich verstehe nicht recht,“ sagt sie abweisend. „Die Kinder sind ja wohl alt genug, um sich ihr Glück oder — Unglück selbst zu schmieden, und es liegt durchaus nicht in unserer Macht, darauf Einfluß zu nehmen. Was mich betrifft, muß ich hinzufügen: Auch nicht in meiner Absicht!“

„Aber, mein Gott, es kann Ihnen doch nicht gleichgültig sein, wenn Ihr Sohn unglücklich ist?“

„Gewiß nicht! Er tut mir herzlich leid, und ich wollte, ich könnte ihm helfen. Aber ich kann ja leider keine Frau nicht ändern! Hätte er mich vor seiner Verheiratung gefragt, so würde ich ihn wahrscheinlich gewarnt haben; denn Frauen mit kaltem Herzen sind selten befähigt, einem Manne Glück zu bereiten. Er hat mich aber damals nicht zu Rate gezogen, und nun ist es zu spät.“

Die Stadträtin beißt sich vor Aerger in die Lippen. Es trifft ihren Stolz tief, solche Worte schweigend hinnehmen zu müssen; aber nach Renates Verhalten bleibt ihr nichts anderes übrig.

„Ich gebe ja selbstverständlich zu, daß Renate nicht ist, wie sie sein sollte,“ beginnt sie nach einer kurzen Pause von neuem, „aber ganz gewiß hat sie nie etwas Schlimmes getan, noch tun wollen, und alles beruht sicher nur auf Mißverständnissen. Renate ist noch sehr jung, und glaubt sich von Otto vernachlässigt, darum greift sie offenbar zu Repressalien, wie Sie recht und unrecht das auch ist.“

Frau Sephine schweigt.

„Unbedachtlichkeit ist ein Fehler, den junge Frauen oft begehen,“ fährt die Stadträtin bedächtig fort. „An uns älteren, erfahrenen Frauen ist es nun, ihr darüber die Augen zu öffnen. Ich werde ihr natürlich sehr ins Gewissen reden und möchte Sie bitten, dies auch Ihrerseits zu tun.“

„Ich habe es wiederholt getan, bekam aber zum Dank so impertinente Antworten, daß ich durchaus keine Lust mehr verspüre, mich nochmals einzumengen!“

„Gut, so nehme ich Renate allein auf mich, und bitte Sie nur, gleichzeitig beruhigend auf Ihren Sohn einzuwirken, der sehr aufgeregter ist.“

„Auch das muß ich ablehnen. Einerseits, weil Otto mich nie zur Vertrauten seiner Eheangelegenheiten machte, und daher auch keinen Rat von mir annehmen würde, andererseits — weil ich seinen Standpunkt nur zu gut begreife! Sie sagen, er sei aufgeregter. Aber erlauben Sie mir die Frage, meine Beste: Soll er denn ruhig und gleichgültig zusehen, wie seine Frau sich von andern den Hof machen läßt und gerade das tut, was ihn kränken muß? Er hat recht, wenn er endlich die Geduld verliert und sich das einfach nicht länger gefallen läßt!“

„Aber, mein Gott, wohin soll das führen? Begreifen Sie doch, was auf dem Spiele steht! Wenn Sie eine solche Auffassung vor Ihrem Sohne laut werden lassen, hieße es geradezu Del und Feuer gießen. Man muß ihn aber im Gegenteil beschwichtigen, Sie wissen ja gar nicht, wie aufgeregter er ist —, daß er sogar von Scheidung spricht!“

„Nun, und was weiter? Ich finde das nur natürlich bei der Lage der Dinge!“

„Sie — finden — das natürlich? Aber um Himmels willen, machen Sie sich doch klar, was das bedeutet! Eine Scheidung! Wie peinlich! Welches Aussehen! Welcher Stand! Die ganze Stadt würde darüber reden!“

Die Stadträtin weinte fast vor Aufregung. Frau Sephine zuckte fast die Achseln.

„Mein Sohn und ich hätten den Standal ja nicht heraufbeschworen, der demnach nur den schuldigen Teil treffen würde. Uebrigens steht es Ihnen ja frei, mit Ihrer Tochter zu reden. Denkt sie ein, so wird wohl auch Otto die Dinge nicht auf die Spitze treiben, denn er liebt seine Frau trotz allem noch, und damit denke ich, lassen wir dieses unerquidliche Thema für heute!“ sagt sie, schmerzhaft ermüdet die Augen schließend.

Die Stadträtin starrt finster vor sich hin.

„Ich wollte auch noch über meinen Sohn mit Ihnen sprechen,“ beginnt sie nach einer Weile von neuem. „Sie haben doch den Heiratsplan nicht vergessen, den Sie mir kürzlich mitgeteilt haben — Sie wissen, in bezug auf Ihre Nichte, Fräulein von Kreislitz? Es beruhigt mich ein wenig, daß Sie seitdem nie mehr davon sprachen. — Denn, wenn Fred bedauerlicherweise auch jetzt noch —“

„Ich finde aber gar nichts Bedauerliches daran, wenn Fred ein anderes Mädchen liebt,“ unterbrach sie die Oberbaurätin gelassen, „insofern es sich wirklich um eine ernste, tiefe Liebe handeln würde, die vielleicht sein Lebensglück in sich schließt! In diesem Falle wäre es ja geradezu ein Verbrechen, ihm Hindernisse in den Weg zu legen. Meinen Sie nicht auch?“

„Ja?“ Die Stadträtin war wie ein geritzter Truthahn aufgesprungen und starrt ihr Gegenüber, das so gelassen eine Ungeheuerlichkeit ausspricht, fassungslos an. „Sind Sie von Sinnen? Ich soll ihm keine Hindernisse in den Weg legen, wenn er sich an eine solche Person gewirft? Lebensglück! Ernste, tiefe Liebe! Mein Gott, haben Sie denn vergessen, daß es sich nur um eine Götterschöpfung handelt, die ihn in eine Liebschaft verstrickt? Seitdem habe ich übrigens noch erfahren, daß sie nicht einmal Sausenweins legitime Tochter ist, sondern ein Findelkind unbekannter Herkunft, das wahrscheinlich aus der Gasse stammt! Also — von so etwas spricht man doch überhaupt gar nicht! Und Sie nehmen das ernsthaft! Ich begreife Sie wirklich nicht, Verehrteste! Könnten Sie, nachdem ich Ihnen doch sagte, daß es sich nur um eine vorübergehende Liebschaft von untergeordneter Bedeutung handelt, in der Tat darin ein Hindernis für Ihren Plan in bezug auf Fräulein von Kreislitz erblicken?“

„Vor allem, meine Liebe, muß ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß dieser Plan — eigentlich war es ja nur eine Idee meinerseits — damals gleich nach unserer Unterredung wieder aufgegeben wurde.“

„Auf—ge—geben? Mein Gott, warum denn aber? Ich will doch nicht hoffen, daß meine Mitteilungen schuld daran sind?“

„Nein, er wurde ganz einfach aufgegeben, weil ich bemerkte, daß meine Nichte inzwischen ihr Herz anderweitig verloren hat!“

„Oh — und Sie sagten, Fräulein von Kreislitz schwärme für Fred!“

„Das tut sie noch — aber nur vom Standpunkt der Wissenschaft, wie es junge Mädchen öfters verehrten geistlichen Lehrern gegenüber tun, das heißt, ganz unpersönlich. Ihr Herz aber wandte sich Doktor Gerhard Schöber zu, mit dem sie im Begriff steht, sich zu verloben.“

„Mit — Schöber! Unglaublich! Dieser junge, unbedeutende Paffe, der noch gar nichts Bedeutendes geleistet hat —“

„Ja, es scheint nun einmal das Wesen der Liebe zu sein, sich nicht an Bedeutend oder Unbedeutend zu kehren und anderen Menschen unbegreiflich zu erscheinen,“ sagt Frau Sephine mit einem kleinen, boshaften Lächeln. Dann fährt sie, die Nägel ihrer wohlgepflegten Hände betrachtend, lässig fort: „Um aber wieder auf Ihren Sohn zu kommen, meine Beste, so möchte ich Ihnen sagen, daß Sie da vielleicht doch ein wenig zu streng und einseitig urteilen. Oder sollten Sie am Ende gar nicht richtig informiert über die Dinge sein?“

„Wieso? Was meinen Sie?“

„Ich meine vielmehr, daß Fred, wie ich durch Renate erfahren hat, die Sache durchaus ernst nimmt und jenes Mädchen heiraten will. Zweitens — das erfährt ich durch Erkundigungen, die ich unter der Hand einjage — soll Gloria Sausenwein ein durchaus anständiges, tüchtiges und liebenswertes Wesen sein, so daß man Freds Liebe wohl begreifen könnte.“

„Und wenn? Ich werde meine Einwilligung niemals geben! Ein Kind, ohne Namen und Eltern, das anständigere gar keine Pateinsoberechtigung hat —“

„Aber liebe Freundin — dafür kann doch das arme Mädchen nicht! Ihr Standpunkt ist grausam und ungerichtet.“

Die Stadträtin erhebt sich hastig. Sie zittert innerlich vor Zorn und findet Sephines Einmischung unerhört.

„Sie werden gestatten, daß ich anderer Meinung bin!“ sagt sie schroff. „Wundern muß ich mich übrigens, daß Sie, die Sie es ablehnen, im Interesse Ihres eigenen Sohnes vernünftelnd einzugreifen, sich so bereit zeigen, in fremden Angelegenheiten den Anwalt zu spielen!“

Die Oberbaurätin erblickte.

„Ich meinte es gut — ich habe Fred lieb — und — und ich dachte, vielleicht würden Sie doch aus Liebe zu ihm eine mildere Auffassung gewinnen können!“ murmelte sie mit gekrümmtem Kopfe.

„Niemals! Ich würde Fred lieber tot vor mir liegen sehen als mit dieser Person verheiratet!“

Damit verabschiedet sie sich kurz und fast von der Oberbaurätin, die ihr lärmlich entsetzt nachblickt.

Unten im Erdgeschoss, wo Renates Wohnung liegt, klingelt sie heftig und läßt sich Fifi, ein sehr gewitztes Mädchen, rufen, die halb Stubenmädchen, halb Kammerlädchen ist und Renates besonderes Vertrauen genießt.

„Sagen Sie meiner Tochter, Fifi, daß ich sie morgen früh bei mir erwarte. Ich muß sie unter allen Umständen sprechen, es handelt sich um sehr Wichtiges!“

„Sehr wohl, gnädige Frau, ich werde es bestellen, aber ich glaube, meine Herrin hat für morgen einen Tagesausflug nach St. Oswald vor —“

„So? Dann wird sie ihn eben unterlassen, sagen Sie ihr dies. Und daß ich keinerlei Anrede gelten lasse, sonst wird sie zuverläßlich bei mir erwarte.“

„Ich werde es austrichten.“

XXIV.

Am nächsten Tage ist die Stadträtin früher als sonst aufgestanden, um ja gewiß fertig zu sein, wenn Renate kommt.

Denn sie zweifelt nicht, daß sie so zeitig als möglich, wahrscheinlich gleich nach dem Frühstück, erscheinen wird. Aber niemand kommt. Wieder Renate noch eine Botenschaft von ihr. Die Stadträtin kann es nicht begreifen.

Was ist geschehen? Wurde Renate am Ende gar plötzlich krank und kann Fifi nicht entbehren? Denn sonst hätte sie ja wohl durch diese Nachricht geschickt —

Frau Sabine überlegt. Noch einmal hingehen aufs Geratewohl, um selbst zu sehen, was Renate am Kommen verhindert? Ihr Stolz lehnt sich dagegen auf. Außerdem beherrscht sie noch immer der Zorn über das gestrige Benehmen der Oberbaurätin, und sie hat sich fest vorgenommen, die Villa Merkl so bald nicht wieder zu betreten.

Telephon besitzt sie leider keines. Sie erledigt also einstweilen eine Reihe kleiner häuslicher Geschäfte, immer in der Hoffnung, Renate werde doch noch kommen.

Dabei horcht sie mehrmals verwundert auf, denn in der Wohnung herrscht ungewöhnliche Unruhe. Türen gehen beständig auf und zu, vom Flur hört man Männerritte, ein paarmal werden schwere Gegenstände unanstätig abgestellt, aber ein dunkler Instinkt hält die Stadträtin ab, nach der Ursache des Lärms zu fragen.

Endlich gegen Mittag fällt ihr ein, daß sie ja aus der gegenüberliegenden Apotheke an Renate telefonieren könnte.

Rasch entschlossen kleidet sie sich an und eilt hinab. Die Verbindung mit der Villa Merkl ist zum Glück gleich hergestellt, aber nicht Renate, sondern Fifi meldet sich am Apparat.

Die Antwort auf Sabines Frage, warum ihre Tochter bis jetzt nicht gekommen sei, lautet: „Die gnädige Frau ist heute zeitig morgens nach der Pension Schloß Planenwart gefahren, wo sie einige Tage bleiben will, um die schönen Herbsttage zu genießen.“

(Fortsetzung folgt.)

Weinbau und Kellertwirtschaft.

Der Schnitt der Weinrebe.

Die vielen Möglichkeiten, die beim Schnitt der Weinreben angewandt werden, zeigen uns, daß wir an eine bestimmte Erziehungsform nicht gebunden sind. Die besten Gegenstände haben wir im wandüberziehenden Wein-
stod zur Rebe am Pfahl in unseren Weinbergen. Bei allen Formierungen handelt es sich um einen senkrechten oder sogar mehrere Mittelstämme mit ihren Zapfen und Tragreben. Eine Tragrebe baut sich auf aus 6-8 Augen. Ein Zapfen aus 2 Augen.

Sommer- und Winterschnitt müssen sich ergänzen.

Der Sommerschnitt soll der Kräftevergeudung des Weinstockes vorbeugen und jede fördernde Entwicklung wie Säftstrom soll den Teilen zugeführt werden, die wichtig für die augenblickliche Fruchtentwicklung und für die zukünftige Fruchtholzbildung sind. Dazu ist das Ausbrechen der überflüssigen Triebe schon in der Blüte notwendig. Während der Blüte selbst hat jeder Schnitt an der Pflanze zu unterbleiben. Nach der Blüte folgt das Rappen ein. Dieses geschieht bis auf 2 Augen über der obersten Traube und muß je nach der Jahresentwicklung ein zweites oder drittes Mal wiederholt werden. Neben den eigentlichen Augen am „grünen“ Triebe ent-



wickeln sich Verzweigungen, „Geize“, welche bis auf ein Blatt zurückgehalten werden müssen, damit die Säftzirkulation auch hier nur den Fruchttrieben zulommt. Ein guter Sommerschnitt hat dann die Augen so kräftig durchgebildet, daß wir die Grundlage für gute Tragreben erhalten, die sich aus dem Oberauge des Zapfens entwickeln haben und sich unbedenklich auf 6-8 Fruchttaugen schneiden lassen. Der untere Trieb des Zapfens wird als Ersatz für das nächste Jahr wiederum auf 2 Augen-
zapfen geschnitten. Nach dem Laubfall kann mit dem Winterschnitt (S) begonnen werden. Die ganze alte Tragrebe wird dabei unbedenklich entfernt. Durch Schnitt von Tragrebe und Zapfen wird aber die Tragrebe immer weiter vom Stamm abtrüben. Deshalb muß man nach einigen Jahren ein Verjüngen des Zapfens vornehmen. Dies geschieht, indem man einen in der Nähe des Stammes sich bildenden jungen Trieb als Zapfen benützt.

Die neugepflanzte Rebe darf im ersten Jahre nicht tragen, wie wir dieses ja auch bei allen anderen Obstgehölzen verhalten müssen. Das hindert aber nicht stets bei Neupflanzungen von vorn herein richtig zu schneiden, denn richtiger Schnitt zeigt für die Zukunft guten und gesunden Fruchtanfang.

Wie hoch steigt die Arbeitslosenziffer wieder?

Nachdem die Arbeitslosenziffer in Deutschland seit Jahresbeginn auf weniger als ein Drittel zurückgegangen ist, und auch ein entsprechendes Sinken der Kurzarbeitsfestgestellt werden kann, hat sich bekanntlich in letzter Zeit das Ausmaß der Besserung erheblich verlangsamt. Trotzdem wäre es falsch, daraus bereits Schlüsse auf eine ungünstige Lage des Arbeitsmarktes zu ziehen. Denn während in den Frühlingmonaten ein verhältnismäßig hoher Anteil der Anforderungen von Arbeitskräften auf den Saisonanfang der Landwirtschaft zurückzuführen war, ist im zweiten Jahresdrittel die Industrie stärker in die Erscheinung getreten. Es ist eine ganz erhebliche Besserung des industriellen Arbeitsmarktes nach allen vorliegenden Berichten unverkennbar. Trotzdem taucht bei Beginn der nächsten Jahreszeit naturgemäß die Frage auf, wie sich die Arbeitslosenziffer weiter entwickeln wird. Als feststehend muß angesehen werden, daß die Außenberufe bis zur Jahreswende etwa eine halbe Million Arbeitskräfte mitlassen werden, vermutlich etwas mehr als in früheren Jahren, da diesmal einheimische Saisonkräfte in der Landwirtschaft stärker beschäftigt worden sind. Zu einem Teil werden dadurch naturgemäß auch einige Industriezweige, die von den Außenberufen abhängen, in Mitleidenchaft gezogen, so das Baustoffgewerbe, die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen usw. Auf der anderen Seite werden andere Industrien wieder vom Weihnachtsgeschäft Nutzen ziehen und einen Teil der Arbeitskräfte aufnehmen. In einer sehr eingehenden Betrachtung der Arbeitsmarktlage kommt Ministerialrat Dr. Berger demnach im „Berliner Tageblatt“ zu dem Schluss, daß die Außenberufe bis Jahresende bis zu einer halben Million Arbeiter abgeben dürften, daß dann auch die saisonmäßige Belegung gewisser Teile der Industrie infolge des Weihnachtsgeschäftes ihr Ende gefunden haben dürfte. So wird die Erwerbslosenziffer im Winter die Million zeitweiser wahrscheinlich wieder überschreiten. Das erscheint jedoch bedauerlich, doch steht dem auf der anderen Seite die Tatsache gegenüber, daß die Weltentlastung des deutschen Arbeitsmarktes gegenüber 1923/24 und 1925/26 allmählich flacher werden, was, wie Dr. Berger meint, den nächsten Beurteiler mit einiger Zuversicht erfüllen kann.

Der Güterwagenpark der Reichsbahn.

Die Reichsbahn besitzt rund 650 000 Güterwagen. Jeden Tag erfolgt durch das Hauptwagenamt und die Wagenbüros der Reichsbahn die Verteilung der von den Verladern angeforderten Wagen. Von den einzelnen Güterabfertigungen, deren es rund 9000 im Bereich der Reichsbahn gibt, wird vormittags der Bestand und der Bedarf an Wagen der verschiedenen Gattungen an die

Wagenbüros gemeldet; diese teilen die Zahlen für ihren Bezirk zusammen und melden die Summen an das Hauptwagenamt beim Reichsbahn-Zentralamt in Berlin weiter. Das Hauptwagenamt gliedert auf Grund der Meldungen der Wagenbüros die Güterwagenbestände zwischen den Bezirken aus. Nach Ausführung der Ausgleichs-
setzung des Hauptwagenamtes verteilen die Wagenbüros die Wagen innerhalb ihres Bezirkes, so daß alle Dispositionen getroffen sind. Nun beginnen in den Bezirken die Wagen zu rollen, damit sie am nächsten Morgen „laderecht“ an der verlangten Ladestelle stehen können.

Im Jahre 1926 betrug die geringste Zahl der im werktäglichen Durchschnitt einer Woche gestellten Wagen 96 738, die Höchstzahl belief sich auf 169 676 Wagen. Diese Zahlen lassen erkennen, um wie ungeheure Mengen Wagen es sich bei der Wagenverteilung handelt.

Der Wagenbedarf ist im Laufe des Jahres ungleichmäßig; er steigt zu Beginn des Herbstes auf eine Höchstzahl von etwa zehn Wochen außerordentlich stark gegenüber dem Durchschnittsstand an. Würde der Güterwagenpark nur nach dieser kurzen Verkehrsperiode bemessen, so wäre er höchstens zehn Wochen lang im Jahre voll ausgenutzt, während 42 Wochen im Durchschnitt etwa 70 000 Wagen herumstünden. 70 000 Güterwagen machen bei einem Durchschnittswert von 4300 RM. etwa 300 Millionen Reichsmark Auslagekapital für die Reichsbahn aus. Das wäre eine außerordentlich starke finanzielle Belastung der Reichsbahn.

Die Reichsbahn von sich aus beschleunigt den Wagenumsatz auf das Äußerste; besonders in den verkehrsreichen Zeiten des Kartoffel- und Rübentransportes im Herbst werden alle betrieblichen Möglichkeiten erschöpft. 27-tägiger Umlauf der gedeckten Wagen und viertägiger Umlauf der viel weiter laufenden offenen Wagen sind schon das Äußerste, was praktisch möglich ist.

Die Wirtschaft muß jedoch auch durch ihre Maßnahmen helfen, der Schwierigkeiten in der Wagenherstellung Herr zu werden. Transporte, die nicht unbedingt zu der starken Güterverkehrszeit im Oktober und November ausgeführt werden müssen, sollten vernünftigerweise auf andere Monate des Jahres verlegt werden. Dabei spielt das Eindecken mit Düngemitteln, Kohle, Holz und anderes eine große Rolle.

Saarbrücken. (Fünf Jahre Gefängnis für einen Totschlag.) Das Schwurgericht verurteilte den wegen Mordes angeklagten 38 Jahre alten Hüttenarbeiter August Seibel aus Dillingen unter Annahme des Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis. Seibel erschoss seinerzeit den Fuhrunternehmer Volz, der ihn mit Fäulnissen verfolgte, weil Seibel mit Frau Volz ein Verhältnis unterhielt.

Trier. (Ein Trierer an Bord des D. 1220.) Unter der Befahrung des Heinkel-Flugzeuges D. 1220 befindet sich als Bordmonteur der 25 Jahre alte Sohn des Hermann Rode von hier. Kurz vor dem Start teilte er seinen Angehörigen telegraphisch seine Teilnahme am Oceanflug mit. Rode war früher bereits sechs Jahre lang in Amerika.

Koblenz. (Bau von Wasserleitungen in der Rheinprovinz.) Das Oberpräsidium teilt mit: Im Zusammenwirken mit der Provinzialverwaltung sollen größere Mittel zur Unterstützung des Baues von Wasserleitungen zur Verfügung gestellt werden. Nachdem im April dieses Jahres aus dem Bestands 350 000 Mark von Staat und Provinz zu gleichen Teilen aufgebracht worden sind, konnten nunmehr nochmals Mittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Es wurden bewilligt an Darlehen zu günstigen Bedingungen vom Staat 550 000 Mark, von der Provinz 150 000 Mark, außerdem an Zuschüssen vom Staat 150 000 Mark und von der Provinz 150 000 Mark. Bei der Verteilung der Mittel wurden die Gruppenwasserwerke besonders berücksichtigt.

Andernach. (Autounfall auf einer Fahrt.) Während der Ueberfahrt mit der Rheinfähre drehte der Fahrer eines Lastwagens den Motor an. Der Wagen setzte sich, da offenbar ein Gang eingeschaltet war, in Bewegung und drückte den Fahrer, der nicht schnell genug zur Seite springen konnte, in den Rhein. Das Auto hing halb über dem Wasser. Der Unglückliche, der sich nicht durch Schwimmen retten konnte, trieb, ehe ihm Hilfe gebracht werden konnte. Zu gleicher Zeit befanden sich noch einige Wagen auf der Fähre. Die Fähre konnte erst nach mehreren Stunden ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Neuwied. (Schiedsspruch für das Neuwieder Andernacher Wirtschaftsgebiet.) Der amtliche Schlichtungsausschuss in Koblenz hat in der Arbeitsfrage für die Neuwieder-Andernacher Wirtschaftsgebiete einen Schiedsspruch erlassen, nach dem bei vorheriger Fühlungnahme mit der Betriebsvertretung bis zu 54 Stunden gearbeitet werden kann. Geht die Arbeitszeit bis zu 60 Stunden, so muß die Genehmigung der Betriebsvertretung eingeholt werden. Für die über 48 Stunden bis 54 Stunden geleistete Mehrarbeit soll ein Zuschlag von 18 Pfg. und für von 55 bis 60 Stunden geleistete Mehrarbeit ein Zuschlag von 25 Pfg. gezahlt werden.

Ahrweiler. (Beträge für das Ahrrotheingebiet.) Der Provinzialverband hat für das Ahrrotheingebiet folgende Beträge zur Verfügung gestellt: Für die Tätigkeit der Räucherer zum Frostschutz 4000 Mk., für die Frostschutzversuche der Provinzialheilstätte 3000 Mark, wenn der Staat den Rest von 5000 Mark gewährt, für die Beispielwirtschaften und den Versuchring 600 Mark, für den wichtigen Abschnittgarten bis zu 5000 Mark, für die Zinsverbilligung der Darlehen der Winzergenossenschaften 3600 Mark, wenn der Staat den gleichen Betrag gewährt.

M. Gladbach. (Der Wirtschaftskampf im M. Gladbach-Rheider Bezirk.) Auf Veranlassung der Gewerkschaften haben die Belegschaften von sechs größeren Betrieben der Textilindustrie in M. Gladbach und von zwei Betrieben in Rheide ihre Kündigung eingereicht. Infolgedessen ist auch die von den Arbeitgebern für den Fall derartiger Kampfmaßnahmen angelegte Gesamtkündigung der ganzen Arbeiterschaft aller Textilwerke unseres Bezirks wirksam geworden. Auch in der Bekleidungsindustrie wurde die von den Arbeitern auf Gewerkschaftsversammlungen beschlossene Gesamtkündigung ausgesprochen.

Ohligs. (Zur Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses.) Im Hinblick auf die zum 1. April 1928 vorzunehmende Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses erklärt die Beamtenschaft der Städte Ohligs, Wald, Gräfrath, Erbscheid und Saan: Wir können es unter keinen Umständen ertragen, daß die Ungerechtigkeit, unter der die Beamtenschaft seit vier Jahren durch Rückversetzung in die Ortsklasse B zu leiden hat, länger andauert. Nach dem Gutachten des Verbandes der Beamten Dr. Schmidt (Essen) ist der obere Kreis Solingen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Darum

fordert die am 8. Oktober 1927 in Ohligs aberaus Karl beschlossene Veranlassung der Beamtenschaft des oberen Kreises Solingen, daß endlich diese ungerechte Behandlung der Staatsregierung gegenüber der Beamtenschaft des oberen Kreises Solingen beseitigt wird.

Dortmund. (Ermordung eines Knaben.) Hier wurde auf einem Hofe die Leiche eines vierjährigen Knaben vorgefunden, dem die Kehle durchschnitten und dessen ganzer Körper vom Halse an aufgeschnitten war. Der der Mordtat dringend verdächtige 28jährige Hüttenarbeiter Eduard Barjat stritt die Tat ab. Bei einer Hausdurchsuchung wurde jedoch Beweismaterial gefunden, das zur Ueberführung des Barjat genügen dürfte. Allem Anschein nach liegt ein Sexualmord vor.

Gerichtliches.

Die „Aufbause“ vor Gericht. Nach einjähriger Prozedur wurden in Hamburg neun Personen, die an der Verteilung und dem Vertrieb der sogenannten „Aufbause“ von Weno, Sinsamp und Schroeder beteiligt sind, zu Geldbußen von 150 bis 1200 Reichsmark verurteilt. Nach Anschauung des Gerichts ist das Publikum durch die Anpreisung der sogenannten Gesundheitsfolge irreführt und belästigt worden, da die Präparate keineswegs geeignet seien, Krankheiten vorzubeugen oder Krankheiten zu heilen.

Freispruch im Sonderbündlerprozeß. Im Prozeß gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Kölner „Stadtanzeigers“ Dr. Franz Rodens, der sich wegen der Beschuldigung zu verantworten hatte, dem Mitglied des Provinziallandtages Dr. Limbourg den Vorwurf der Sonderbündelerei gemacht zu haben, wurde folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte wird freigesprochen. Die Kosten fallen dem Privatkläger zur Last. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß es dem Angeklagten gelungen sei, den Wahrheitsbeweis für die von ihm vorgebrachten Beschuldigungen zu führen.



Das Heinkel-Flugzeug „D. 1220“. Im Ring: der Führer der Maschine, Dipl.-Ingenieur M. r. z.

Ausruhe in der Fürsorgeanstalt Berlinchen. Wegen Aufruhr in der Fürsorgeanstalt Berlinchen (Neumark), wobei Fensterhebeln, Mobiliar und das Telefon zerstört wurden und der Anstaltsdirektor Andrei Verletzungen erlitt, hatten sich vor dem Erweiterten Schöffengericht Landsberg a. d. Warthe zehn Fürsorgegepöhlige zu verantworten. Der Fürsorgegepöhlige Molins befandete, er habe an seine Kameraden eine politische Rede gehalten, die er mit den Worten beschloß: „Es lebe die kommunistische Partei, es lebe die Rote Fahne!“ Das Urteil lautete auf Gefängnisstrafen von 8 bis 16 Monaten. Den zehn Angeklagten wurde je ein Monat Untersuchungshaft angerechnet und teilweise auch Bewährungsfrist gewährt.

Sport-Nachrichten.

ADAC-Feldbergrennen.

Die Motorsport Saison hat mit dem ADAC-Feldbergrennen einen sehr guten Abschluß gefunden. Das ausgezeichnete Wetter und die vorzügliche Beschaffenheit der Rennstrecke ermöglichten die Auffstellung neuer Rekorde. Im Vordergrund stand wieder einmal Kimpel, der erfolgreiche Bugattifahrer, dem es trotz der Schwierigkeit der Strecke gelang, die bestehende Bestzeit erheblich zu unterbieten. Leider waren diesmal mehrere Unglücksfälle zu verzeichnen.

Die Tagung des Deutschen Fußballbundes.

In Danks brachte keine beachtenswerten Neuigkeiten. In den Ausgaben des Bundes bei In- und Auslandsreisen wurde scharf Kritik geübt und eine starke Einschränkung gefordert. Der Bundesvorstand wurde in seiner bisherigen Besetzung wiedergewählt. Es ist beabsichtigt, die Geschäftsstelle im nächsten Jahr von Kiel nach Berlin zu verlegen.

Rugby.

Die erste Rugbymannschaft des Heidelberger Ruderklubs spielte in Straßburg gegen die bekannte Fünfsitzer des R.S. 68. Es ist das erstmal nach dem Kriege, daß eine deutsche Rugbymannschaft gegen eine englische spielt. Schon früh angebahnte Verhandlungen führten nun endlich zum Erfolg. Die Straßburger Mannschaft ist recht spielfertig, weil verschiedene Leute führender französischer Klubs, die in Straßburg Soldaten sind, eingestellt wurden. Das Ergebnis ist also für den Heidelberger Ruderklub, dem man für seine sportkameradschaftliche Propagandaarbeit Dank wissen muß, recht ehrenvoll und dem Erfolg des R.C. 1880 Frankfurt in Paris mit Recht an die Seite zu stellen.

Auch eine „Kanalschwimmerin.“

London, 17. Oktober. Fräulein Dr. Logan, die vor einiger Zeit den Kanal in Rekordzeit für Frauen durchschwommen haben wollte, übergibt jetzt der Presse eine Erklärung, in der sie angibt, daß sie lediglich eine kurze Strecke beim Start an der französischen Küste und vor der Landung an der englischen Küste geschwommen sei und im übrigen neun Stunden in dem begleitenden Boot zugebracht habe. Diese Irreführung sei geschehen, um zu beweisen, wie leicht es sei, die erfolgreiche Durchschwimmung des Kanals vorzutäuschen. — Die Erklärung hat in England großes Aufsehen erregt, zumal die „vortreffliche“ Schwimmerin keineswegs auf die Entgegnung der zahlreichen Glückwünsche verzichtet hat.